GESELLSCHAFTS FORSCHUNG 2 2020

Aktuelle Themen und Nachrichten

2 Standpunkt
Die Gig Economy in Zeiten der Krise
Andrea M. Herrmann

Klientelismus als Erfolgskonzept der AKP
Düzgün Arslantaş

6 Presseschau
Forschung des MPIfG in den Medien

8 Schwerpunkt
Die Zukunft in der Krise
Lisa Suckert

12 Thema
Felipe González über den Start der Max-Planck-Partnergruppe in Chile

Forschen in Zeiten der Krise

22 Nachrichten
Neuer Projektverbund in Chile hat seine Arbeit aufgenommen

26 Neuerscheinungen
Bücher, Journal Articles, DPs

29, 35 Veranstaltungen
Berichte und Vorschau 2020/21

32 Freunde und Ehemalige
Was macht eigentlich …
Philip Manow

34 Impressum

Schwerpunkt
Die Zukunft in der Krise

MAX PLANCK GESELLSCHAFT

MAX-PLANCK-INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSFORSCHUNG
MAX PLANCK INSTITUTE FOR THE STUDY OF SOCIETIES

Standpunkt
Die Gig Economy in Zeiten der Krise

Sie wurde aus der Krise geboren: die „Gig Economy“. Sie macht es Arbeitsuchenden und Auftraggebern möglich, sich auf Online-Plattformen zu finden, um darüber eine einmalige, zeitlich befristete Dienstleistung (einen „Gig“) abzuwickeln. Als die US-Amerikaner Travis Kalanick und Garrett Camp zu Beginn der Finanzkrise an einem kalten Winterabend im Dezember 2008 über Stunden kein Taxi in Paris bekommen konnten, entstand die Idee: eine Handy-App, über die Privatleute Chauffeurdienste im eigenen Auto anbieten können. Vier Monate später gründeten Kalanick und Camp UBER. In Zeiten der Rezession gab es viele Arbeitsuchende, die durch Fahrdienste ein Zubrot verdienen wollten – oder mussten. Die Gig Economy war geboren. Sie boomte auch in den Folgejahren, als sich Amerika von der Finanzkrise erholte, und begann ihren Siegeszug um den Globus. Heute gibt es Tausende von Plattformen, die in allen erdenklichen Branchen Dienstleistungen vermitteln.

Die Corona-Krise befeuerte das Wachstum der Gig Economy erneut. Während abhängig Beschäftigte auf der ganzen Welt in Kurzarbeit geschickt wurden oder ihre Anstellung verloren, stieg die Nachfrage nach Gig-Arbeit zwischen Januar und Mai 2020 um über 40 Prozent an. Dabei sind zwei Entwicklungen auffällig. Erstens war die Entwicklung der Nachfrage – je nach Infektionsrisiko der Dienstleistung und ihrer Kompatibilität mit dem Lockdown – stark branchenabhängig: Während häusliche Dienstleistungen und Chauffeurdienste zurückgingen, boomte die Nachfrage nach Lieferdiensten und IT-Beratung. Zweitens zeichneten sich zwei Wellen steigender Gig-Nachfrage ab. Sie deuten darauf hin,

Lieferdienste, Taxifahrten, Putz- oder Handwerkstätigkeiten, IT-Beratung: Die Bandbreite an Aufträgen, die mittlerweile über Online-Plattformen vergeben werden, ist groß. Die Corona-Krise befeuerte das Wachstum der Gig Economy nun erneut – doch zu welchem Preis?

dass die gestiegene Nachfrage zwischen Januar und März 2020 zunächst durch Mehrarbeit der etablierten Gig-Arbeiter abgedeckt wurde. In einer zweiten Welle zwischen März und Mai 2020 scheint sich dieser Pool um neue Gig-Arbeiter erweitert zu haben, die auf der Suche nach Einkommensmöglichkeiten waren, nachdem sie ihre Anstellung auf dem traditionellen Arbeitsmarkt verloren hatten.

Seit Mai ist die Nachfrage nach Gig-Arbeit wieder rückläufig. Dies mag zum einen darauf hindeuten, dass der akute Bedarf an bestimmten, insbesondere IT-Dienstleistungen, im Zuge der Lockerungen zurückgeht. Zum anderen kann es als ein Anzeichen von wirtschaftlicher Stabilisierung gedeutet werden, die es den Menschen erlaubt, in ihre ursprünglichen Beschäftigungsverhältnisse zurückzukehren. Trotz des aktuellen Nachfragerückgangs bei Gig-Arbeit hat die Corona-Krise die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass sich die Gig Economy zu einem wesentlichen Arbeitsmarkt der Zukunft entwickeln wird. Denn „nun hat auch der konservativste CEO verstanden, wie Arbeit mit Hilfe von Plattformen funktioniert und welche Vorzüge sie bietet“, argumentiert Alok Alström, CEO der Plattform AppJobs.

Andrea M. Herrmann
ist Associate Professor für Innovationsstudien an der Utrecht University. Sie promovierte am European University Institute in Florenz und erlangte ihren MSc-Abschluss an der London School of Economics and Political Science. Herrmann war Marie-Curie-Stipendiatin an der Columbia University in New York und Postdoktorandin am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.

Forschungsschwerpunkte: Innovationsmanagement, Unternehmertum und Online-Arbeitsmärkte sowie institutionelle Einflüsse auf etablierte Unternehmen, unternehmerische Vorhaben und Arbeitskräfte.

Was bedeutet diese rasche Zunahme an Gig-Arbeit für unsere Gesellschaft? Ist sie ein Segen für Unternehmen, Plattformen und Arbeitsuchende gleichermaßen oder bedeutet sie eine Bedrohung für traditionelle Arbeitsverhältnisse? In meinen Augen ist Letzteres der Fall, solange es nicht gelingt, eine soziale Absicherung für Gig-Arbeiter zu schaffen. Plattformen legen großen Wert darauf, als reine Technologieunternehmen verstanden zu werden, die Gig-Arbeiter und Auftraggeber lediglich zusammenführen. Als branchenspezifische Unternehmen (wie beispielsweise Taxiunternehmen, Hotelgewerbe, IT-Beratung oder Reinigungsfirmen), die als Arbeitgeber die Bedingungen der Gig-Arbeiter bestimmen, sehen sie sich nicht.

Bedenkt man, wie sehr Plattformen über Anreizsysteme, Ausschluss vom Portal oder Preisgestaltung in die Arbeit ihrer Dienstleister eingreifen können, erscheint die Auffassung von Plattformen als reine Vermittler fraglich. Solange Plattformen rechtlich jedoch als Vermittler und nicht als Arbeitgeber gelten, werden Gig-Arbeiter als Selbstständige behandelt, die sich eigenständig sozialversichern müssen. Das aber tun nur die wenigsten. In gering qualifizierten Gig-Jobs reicht die Bezahlung dafür nicht aus. Aber auch hoch qualifizierte und gut bezahlte Gig-Arbeiter treffen kaum Vorsorge. Ein Großteil der Gig-Arbeiter ist jung (60 Prozent sind jünger als 30 Jahre) und der Gedanke an Renten- und Berufsunfähigkeitsversicherung liegt fern. In den meisten Fällen wird Gig-Arbeit zudem als Nebenverdienst ausgeübt, sodass Gig-Arbeiter über ihre Hauptbeschäftigung oder – in Ländern mit entsprechenden Sozialsystemen – über ihren Studenten- oder Arbeitslosenstatus versichert sind. In eben diesen Ländern führt eine Ausweitung der Gig Economy zur Untergrabung des Sozialsystems, da im Zweifelsfall der abhängig beschäftigte Steuerzahler dafür aufkommt, wenn Gig-Arbeiter arbeitsunfähig oder schlicht zu alt zum Arbeiten werden.

Obwohl diese Problematik nicht neu ist, hat die Corona-Krise das Ausmaß und Potenzial von Gig-Arbeit deutlich gesteigert. Die Ablösung traditioneller Arbeitsverhältnisse durch Gig-Arbeit und ihre dauerhafte Etablierung ist durch COVID-19 wahrscheinlicher geworden.

Zum Weiterlesen

AppJobs Institute:
Future of Work Report. AppJobs Institute, Stockholm 2020.
https://tinyurl.com/future-of-work-report

Koutsimpogiorgos, N., J. van Slageren, A. M. Herrmann and K. Frenken:
Conceptualizing the Gig Economy and its Regulatory Problems. Policy and Internet, online veröffentlicht 2. März 2020.

Lane, M.:
Regulating Platform Work in the Digital Age. OECD, Paris 2020.

Vallas, S., and J. B. Schor:
What Do Platforms Do? Understanding the Gig Economy. Annual Review of Sociology 46, online veröffentlicht 21. April 2020.

Standpunkt
Politische Unterstützung gegen materielle Vorteile
Klientelismus als Erfolgskonzept der AKP

Als die Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (Adalet ve Kalkınma Partisi, kurz: AKP) unter der Führung des ehemaligen Istanbuler Bürgermeisters Recep Tayyip Erdoğan im Jahr 2002 an die Macht kam, hatte niemand erwartet, dass dies der Beginn der längsten Einparteienregierung in der modernen Türkei sein würde. Angesichts der islamischen Prägung der AKP-Gründer und der starken säkularen Tradition in der türkischen Bürokratie und Justiz war diese Entwicklung höchst unwahrscheinlich.

Doch anders als vermutet, hat die Regierung Erdoğan die Hüter des alten Regimes in weniger als einem Jahrzehnt dramatisch geschwächt oder sie sogar zu Werkzeugen der Partei gemacht. Umfassende gesellschaftliche und politische Reformen versprechen seither eine „neue Türkei". Der vor Kurzem vollzogene Übergang zu einem neuen Präsidialsystem *türkischer Art* deutet auf den Aufbau eines autoritären Ein-Mann-Regimes hin – und das in einem Land, das auf eine lange Tradition der Wahldemokratie zurückblickt.

Wie lässt sich die anhaltende Dominanz der AKP also erklären? Es gibt viele verschiedene Aspekte, die zum Wahlerfolg dieser Partei beitragen, darunter etwa das disproportionale Wahlsystem und die bewusste Spaltung ethnischer und religiöser Gruppen. Was jedoch im Vergleich zu anderen Faktoren bisher zu wenig untersucht wurde, ist die Rolle des Klientelismus bei der Aufrechterhaltung der AKP-Vorherrschaft in der Türkei. In meiner Dissertation bin ich dieser Frage nachgegangen, ausgehend von einer ethnografischen Feldforschung im Istanbuler Stadtteil Bağcılar, wo Armut weit verbreitet ist und islamistische Gruppen aktiv sind.

> Klientelismus zielt auf die Armen ab, da sie die größte gesellschaftliche Gruppe darstellen.

Der Klientelismus, der als Tausch materieller Vorteile gegen politische Unterstützung definiert werden kann, zielt in der Regel auf die Armen ab, da sie die größte gesellschaftliche Gruppe darstellen. Im Stadtteil Bağcılar etwa stellt die AKP nicht nur materielle Leistungen wie Lebensmittel und Kohle bereit, sondern vergibt auch Arbeitsplätze in der öffentlichen Verwaltung an loyale Anhänger, um sich deren Unterstützung zu sichern. Diese Strategie vergrößert trotz der grassierenden Korruption die Wählerbasis der Partei. Das ist paradox und kommt am besten in einem Satz zum Ausdruck, der unter Parteianhängern häufig zu hören ist: „Sie stehlen, aber sie dienen."

Trotz der Anreizwirkung dieser Vorteile führt der Klientelismus nicht automatisch zu einer Stimme für die AKP. Worin

Düzgün Arslantaş
war von 2016 bis 2019 Doktorand an der International Max Planck Research School on the Social and Political Constitution of the Economy (IMPRS-SPCE). In seiner Dissertation untersuchte er den Klientelismus und das dominante Parteiensystem in der Türkei. Seit April 2020 ist er Senior Research Associate an der Universität zu Köln.

Forschungsschwerpunkte: Parteien und Parteiensysteme, Klientelismus und Autoritarismus.

Recep Tayyip Erdoğan bei einem Besuch im Istanbuler Stadtteil Bağcılar, wo Armut weit verbreitet ist und islamistische Gruppen aktiv sind.

aber besteht der Mechanismus? Meine Feldforschung zeigt, dass die Beteiligung am klientelistischen Tausch von Gütern und Dienstleistungen gegen politische Unterstützung und Wählerstimmen die Identifikation der Parteianhänger mit der AKP fördert und die Neoliberalisierung der islamischen Ideologie vorantreibt, was dann wiederum den Kreislauf der Dominanz reproduziert. Ersteres erklärt, warum die politische Polarisierung stärker ist als die religiöse und ethnische, und – noch wichtiger – warum eine Art „feindlicher Parteinahme" vorherrscht.

Letzteres ist wichtig, um zu verstehen, wie Islam und Neoliberalismus, die als unvereinbar galten, sich zunehmend annähern und miteinander vermischen. Dieser Wandel erklärt auch, warum ärmere Bevölkerungsschichten sich den neoliberalen Reformen nicht nur nicht widersetzten, sondern sie sogar uneingeschränkt begrüßt haben, obwohl diese ihren materiellen Wohlstand bedrohen.

Parteien können sich durch Klientelismus jedoch nur Stimmen sichern, solange genügend Ressourcen vorhanden sind. Sobald diese knapp werden, schwächt sich die Identifikation mit der Partei wieder ab. Dementsprechend sehen wir, dass die anhaltende Wirtschaftskrise das Erdoğan-Regime ernsthaft infrage stellt. Die unmittelbare Folge ist, dass mit der Verknappung der öffentlichen und privaten Ressourcen der Klientelismus der AKP exklusiver geworden ist. Die Partei musste die Wechselwähler aufgeben, obwohl diese bei den Wahlen einen entscheidenden Einfluss haben. Die Niederlagen der AKP bei den Kommunalwahlen in Istanbul und Ankara können so interpretiert werden. Noch wichtiger ist, dass mit dem Rückgang der materiellen Ressourcen die nichtmaterielle Komponente des Klientelismus – die islamische Ideologie – allmählich zu einem Ersatz für die materiellen Begünstigungen geworden ist, anstatt sie zu ergänzen. Dies scheint die bereits jetzt beunruhigende politische und soziale Polarisierung im Lande noch zu verstärken.

Zum Weiterlesen

Arslantaş, D.:
Clientelism and Dominance: Evidence from Turkey. PhD Thesis. Köln: Universität zu Köln, 2019.

Greene, K.:
Why Dominant Parties Lose: Mexico's Democratization in Comparative Perspective. Cambridge University Press, Cambridge 2007.

Szwarcberg, M.:
Mobilizing Poor Voters: Machine Politics, Clientelism, and Social Networks in Argentina. Cambridge University Press, New York 2015.

Forschung des MPIfG **in den Medien**

Laura Einhorn

Ernährungsgewohnheiten im Wandel: Wie Fleischkonsum und sozialer Status zusammenhängen

Deutschlandfunk | 02.07.2020

Ist Fleisch essen out? Immer mehr Menschen verzichten auf Steaks, Koteletts und Wurst. Bei den Ernährungsgewohnheiten spielen Bildungsgrad und Geldbeutel eine wichtige Rolle, sagt Laura Einhorn im DLF-Interview mit Mirko Smiljanic.

https://tinyurl.com/dlf-einhorn

Benjamin Braun

A Spectre Is Haunting the West – the Spectre of Authoritarian Capitalism

Open Democracy | 16.04.2020

From coronavirus to climate change, China is surging ahead of the US and its allies. Are we witnessing the slow death of liberal capitalism? MPIfG researcher Benjamin Braun notes that it would be naïve to assume that China is content to live under dollar dominance forever: "The question is not whether China would like to wean itself off its dollar dependency, but whether its leaders can do so without causing harm to the Chinese economy."

https://tinyurl.com/democracy-braun

Leon Wansleben

„Köln ist relativ reich"

Stadtrevue | 01.06.2020

Im Interview mit dem Kölner Stadtmagazin stadtrevue spricht MPIfG-Forschungsgruppenleiter Leon Wansleben über die wirtschaftlichen Auswirkungen von Corona und empfiehlt den Kommunen, nach der Pandemie zu investieren.

Jens Beckert

„Das ist tödlich für die Ökonomie"

Frankfurter Allgemeine Zeitung

25.05.2020

Gerade weil wir ständig enttäuscht werden, funktioniere der Kapitalismus so gut, sagt MPIfG-Direktor Jens Beckert im Interview mit FAZ-Wirtschaftsjournalist Johannes Pennekamp. Die Abkehr vom Wachstum sei gefährlich.

https://tinyurl.com/faz-beckert

Martin Höpner

Todesstoß für die Währungsunion?

Makroskop | 06.05.2020

Am 5. Mai erklärte das Bundesverfassungsgericht Anleihekäufe der Europäischen Union für verfassungswidrig. MPIfG-Forschungsgruppenleiter Martin Höpner sprach mit Paul Steinhardt darüber, was dieses Urteil im Detail bedeutet.

https://tinyurl.com/makroskop-hoepner

Martin Höpner

Das soziale Europa

Brüsseler Bahnhof, Folge 8 | 18.03.2020

Welche Rolle spielt Sozialpolitik in der Europäischen Union? Wie steht es um die EU als „soziale Union"? Und was hat Ursula von der Leyen vor, um Europa in Zukunft „sozialer" zu machen? Diese und weitere Fragen diskutiert MPIfG-Forschungsgruppenleiter Martin Höpner mit MdEP Gaby Bischoff im „Brüsseler Bahnhof", dem Europa-Podcast von Polis180.

https://tinyurl.com/polis180-hoepner

Wolfgang Streeck

Investitionsstau ist Ergebnis neoliberaler Politik

Deutschlandfunk | 29.02.2020

Weil der Staat in den vergangenen 30 Jahren zugunsten des Privatsektors gespart habe, leide heute die Infrastruktur, erklärt Direktor emeritus Wolfgang Streeck im Interview mit Jürgen Zurheide. Das müsse nun nachgeholt werden. Gleichzeitig hätten die Parteien der Mitte keine glaubwürdige Antwort auf die sich entwickelnden Probleme.

https://tinyurl.com/dlf-streeck

Corona-Krise und Krise der EU

Jens Beckert

Nur vor dem Virus sind alle gleich

Der Spiegel | 04.07.2020

In einem Essay für den Spiegel beschreibt MPIfG-Direktor Jens Beckert, wie der Coronavirus die brutale Ungleichheit in den USA offenlegt. Die Epidemie zeige, wie gespalten die USA sind: sozial, ideologisch und ökonomisch.

https://tinyurl.com/spiegel-beckert

Wolfgang Streeck

"We Are Being Governed by An Oligarchy"

American Herald Tribune | 09.06.2020

In an interview with the American Herald Tribune, Director Emeritus Wolfgang Streeck talks about the effects of the coronavirus crisis on the European Union and the antagonism between democracy and capitalism.

https://tinyurl.com/ahtribune-streeck

Jens Beckert, Lisa Suckert

Wie Corona die Zeit anhält und den Kapitalismus erschüttert

Frankfurter Allgemeine Zeitung

28.06.2020

Die Wirtschaft lebt von ihren Hoffnungen auf die Zukunft. Doch was, wenn die Zeit aus dem Takt gerät? In ihrem FAZ-Beitrag beschreiben MPIfG-Direktor Jens Beckert und Wissenschaftlerin Lisa Suckert die Auswirkungen der Corona-Krise auf die zeitliche Ordnung unseres Wirtschaftssystems.

https://tinyurl.com/faz-beckert-suckert

Wolfgang Streeck

Die Zeitbombe ist der Zerfall Italiens

Frankfurter Allgemeine Zeitung

06.05.2020

Die nächste Euro-Krise steht bevor. Doch reichen die alten Rettungsinstrumente aus? Direktor emeritus Wolfgang Streeck spricht im Interview mit FAZ-Autor Thomas Thiel über die Folgen von Corona für die Europäische Union.

https://tinyurl.com/faz-streeck

Lucio Baccaro, Björn Bremer, Erik Neimanns

Coronabonds beliebter als gedacht

taz. die tageszeitung, Das Thema

06.05.2020

Eine Mehrheit der Deutschen ist nicht gegen Coronabonds – sobald ihnen bewusst wird, wie teuer es für die deutsche Wirtschaft wird, falls Italien aus dem Euro aussteigt. Das ergab eine Umfrage von Lucio Baccaro, Björn Bremer und Erik Neimanns, über die Ulrike Herrmann für die taz berichtet.

https://tinyurl.com/taz-coronabonds

Lucio Baccaro, Björn Bremer, Erik Neimanns

Everyone Thinks That Germans Oppose "Coronabonds." Our Research Shows How They're Wrong.

The Washington Post/Monkey Cage

20.04.2020

The coronavirus is hurting all European countries at the same time – but with differing economic fallout. Are common European bonds a possible solution? Some countries and economists have called for this response. The MPIfG researchers Lucio Baccaro, Björn Bremer, and Erik Neimanns have found that public opinion on the topic in Germany is more complicated than most people think.

https://tinyurl.com/washingtonpost-coronabond

Martin Höpner

Wirtschaftliche Solidarität: Lebenselixier oder Lebenslüge?

Deutschlandfunk Kultur, Zeitfragen

21.04.2020

Solidarität wird in Zeiten der Corona-Pandemie großgeschrieben, viel beschworen und in etwas geringerem Maße auch praktiziert. Es zeichnet sich allerdings ab, dass sie Geld kosten wird, viel Geld. In seinem Feature geht Caspar Dohmen der Frage nach, wie solidarisch sich die Europäische Union verhalten wird, und spricht dazu unter anderem mit MPIfG-Forschungsgruppenleiter Martin Höpner, der zur politischen Ökonomie der europäischen Integration forscht.

https://tinyurl.com/dlf-hoepner

Benjamin Braun

Finanzmärkte in Turbulenzen

Deutschlandfunk | 06.04.2020

Wegen der Corona-Pandemie sind derzeit viele Unternehmen zum Stillstand gezwungen. Die Börsen reagierten darauf mit dem größten Kurssturz seit der Finanzkrise von 2008. Wie gefährlich das Virus für die weitere wirtschaftliche Entwicklung ist, lässt sich derzeit kaum erahnen. MPIfG-Wissenschaftler Benjamin Braun: „Diese Länder sind in vielerlei Hinsicht enorm destabilisiert im Vergleich zu 2008. In Brasilien regiert der aggressivste Virusleugner der Welt, die Türkei ist massiv unter Druck. Da kommt sicher noch einiges auf das Finanzsystem zu."

https://tinyurl.com/dlf-braun

Björn Bremer, Matthias Matthijs

The Coronavirus Is Reducing Merkel's EU Legacy to Ashes

Foreign Policy | 17.03.2020

The EU's failure in the coronavirus crisis is consistent with Merkel's preferred vision for Europe, write MPIfG researcher Björn Bremer and Matthias Matthijs in a commentary.

https://tinyurl.com/foreignpolicy-bremer

Diese und weitere aktuelle Beiträge unter

www.mpifg.de/aktuelles/mpifg_medien_de.asp.

Schwerpunkt

Die Zukunft in der Krise

In Krisenzeiten erscheint die Zukunft vielen Menschen weniger greifbar. Für die sozialwissenschaftliche Forschung sind Zukunftsvorstellungen jedoch ein wichtiger Zugang, um Krisen besser zu verstehen. Erwartungen spielen eine zentrale Rolle in den verschiedenen Phasen einer Krise. Diese grundlegenden Zusammenhänge lassen sich anhand der Finanzkrise von 2007, dem Ausgang des Brexit-Referendums und der aktuellen Corona-Pandemie aufzeigen. Es wird deutlich: Zur Überwindung einer Krise braucht es gesellschafts- und wirtschaftspolitische Zukunftsentwürfe ebenso dringend wie Impfstoffe oder staatliche Überbrückungsmaßnahmen.

Vielen Menschen scheint mit dem Ausbruch des Coronavirus ihre Zukunft abhandengekommen zu sein. Vormals gültige Pläne, Routinen, Hoffnungen und Ziele sind in vielen Lebensbereichen hinfällig geworden. Es gelingt Familien, Unternehmen und der Politik kaum mehr, abzuschätzen, wie sich die nächsten Monate, Wochen oder Tage entwickeln. Vorhersagen, so hören wir immer wieder, sind angesichts der Krise nicht möglich. Es gilt, „auf Sicht zu fahren" – und das auf unbestimmte Zeit.

Forscherinnen und Forscher am MPIfG befassen sich seit Längerem mit der Bedeutung von Erwartungen. Diese gelten als ein Motor wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Dynamik. In Krisenzeiten, wenn weithin geteilte Zukunftsvorstellungen dahinschwinden, wird die Tragweite dieser Feststellung besonders deutlich. Aus sozialwissenschaftlicher Perspektive ist die Betrachtung von Zukunftsvorstellungen gerade in Krisenzeiten wichtig, um das Phänomen der Krise besser zu verstehen. Eine Reihe von Projekten am MPIfG zeigt, dass Zukunftsvorstellungen eine entscheidende Rolle bei der Wahrnehmung, Verschärfung und Überwindung von Krisensituationen spielen können. Dies lässt sich anhand der gegenwärtigen Corona-Pandemie, aber auch anhand der Wirtschaftskrisen nach 2007 sowie insbesondere an den Verwerfungen infolge des britischen EU-Referendums im Jahr 2016 illustrieren.

Krisen sind unerwartete Ereignisse. Ursprünglich der Medizin entlehnt, beschreibt der Krisenbegriff eine plötzliche Verschlechterung mit ungewissem Ausgang. Der Zusammenbruch der Finanzmärkte, das Brexit-Votum oder die Ausbreitung des Coronavirus erscheinen uns auch deshalb als Krisen, weil sie uns überrascht haben. Um als „unerwartet" zu gelten, bedarf es aber etablierter Erwartungen, von denen diese Ereignisse abweichen können. Erst vor dem Horizont vermeintlicher Planbarkeit, die moderne Gesellschaften kennzeichnet, kann das Unvorhergesehene überraschen. Mit der

> Je exakter unsere Erwartungen, desto leichter können sie enttäuscht werden.

immer punktgenaueren Vermessung der Zukunft durch Prognosen, Szenarien und Modelle steigt daher paradoxerweise das Potenzial für Krisen: Je exakter unsere Erwartungen, desto leichter können sie enttäuscht werden.

Krisen unterscheiden sich von anderen unerwarteten Ereignissen wie Unfällen, Anomalien oder Fehlern dadurch, dass sie nicht nur unsere unmittelbaren Erwartungen durchkreuzen, sondern auch die Prinzipien herausfordern, auf denen die etablierte Ordnung basiert. Zum Beispiel erschienen vormals angesehene Praktiken der Verbriefung unter dem Eindruck der Finanzkrise als bedenklich. Der Ausgang des britischen EU-Referendums rüttelte am Fundament eines geradlinigen europäischen Integrationsprozesses; und die Corona-Krise stellt unter anderem die Annahme uneingeschränkter Mobilität infrage, auf der unsere globalisierte Wirtschaftsordnung fußt. Krisen sind somit von doppelter Unsicherheit geprägt: Real-materielle Turbulenzen – wie Börsencrashs, Austrittsverhandlungen oder überlastete Kliniken – werden von dem weiter reichenden Gefühl überlagert, „die Welt nicht mehr zu verstehen". Ehemals selbstverständliche Gesetzmäßigkeiten werden außer Kraft gesetzt.

In Krisenzeiten erlöschen alte Gewissheiten

Der Politiker und Philosoph Antonio Gramsci hat Krisen als „Interregnum" charakterisiert, in dem alte Gewissheiten sterben, aber gleichzeitig „das Neue" noch nicht geboren werden kann. In Krisensituationen lässt sich die Zukunft nicht mehr als stabile Verlängerung der Vergangenheit denken, althergebrachte Maßstäbe und Normen werden obsolet. Wo alternative, positive Zukunftsszenarien fehlen, erscheint daher vielen Menschen die Zukunft als bedrohliches Mysterium. Für den Fall Großbritannien (Abb. 1) lässt sich zeigen, dass die großen Krisenereignisse der letzten Jahrzehnte jeweils von einer ähnlichen Veränderung der Zukunftsvorstellungen begleitet wurden: Einerseits sank unmittelbar nach den jeweiligen Ereignissen der Anteil jener Briten, die eine stabile ökonomische Zukunft erwarteten oder sich sogar Hoffnungen auf eine bessere wirtschaftliche Lage machten; andererseits stieg der Anteil jener markant, die eine Verschlechterung befürchteten. Die Zukunft erscheint düster in Krisenzeiten. Wann erleben wir ein unerwartetes Ereignis als Krise? Das Ausmaß der unmittelbaren Verwerfungen ist zweifelsohne von Bedeutung. Jedoch liegt es nicht allein in der „Natur der Sache", was wir als Krise begreifen. Ob ein Ereignis als unglücklicher Ausreißer abgetan oder als einschneidender Wendepunkt anerkannt wird, entscheidet sich in öffentlich ausgetragenen Deutungskämpfen. Typischerweise zu Beginn einer Krise (und oft auch in deren Verlauf) wird in der Öffentlichkeit darum gerungen, wie gravierend ein Ereignis ist, ob es eine „echte" Krise ist oder „alles halb so schlimm": Handelte es sich 2007 zum Beispiel eher um eine Krise des globalen Finanzsystems oder um das Fehlverhalten einzelner amerikanischer Finanzakteure? Würde der Ausgang des britischen EU-Referendums überhaupt etwas verändern? Und ist der Ausbruch des Coronavirus tatsächlich schwerwiegender als eine gewöhnliche Grippewelle? Im Ringen um die Deutungshoheit in derartigen Fragen haben Zukunftsvorstellungen eine wichtige Funktion. Um den Krisenstatus zu rechtfertigen, gilt es, negative Folgen aufzuzeigen, plausible Szenarien zu entwerfen und so die drohende Zukunft für die Öffentlichkeit greifbar zu machen.

Deutungskämpfe, in denen über zukünftige Auswirkungen verhandelt wird, finden sich unabhängig davon, ob der Ursprung einer Krise als natürlich oder menschengemacht angenommen wird. Besondere Bedeutung kommt solchen Diskursen jedoch in ökonomischen Krisen zu, da sie hier den weiteren Verlauf der Krise beeinflussen. Zentrale Elemente unserer Wirtschaftsordnung wie Lohnarbeit, Unternehmertum, Investitionen, Zinsen oder eine stabile Währung erfordern das Vertrauen in eine plan- und gestaltbare Zukunft. Der kapitalistische Motor wird maßgeblich von Erwartungen angetrieben. Wo Erwartungen jedoch einbrechen, gerät er ins Stocken. Gleich einer selbsterfüllenden Prophezeiung können negative Zukunftsvorstellungen das Wirtschaftsgeschehen tatsächlich zum Erlahmen bringen. Auf den Finanzmärkten, wo im Kern zukünftige Gewinnerwartungen gehandelt werden, zeigt sich dieser Teufelskreis oft besonders eindrücklich. Zweifel, negative Prognosen und ein breiter Vertrauensverlust trugen

> Wo Unsicherheit herrscht und positive Zukunftsszenarien fehlen, droht die Zukunft zum bedrohlichen Mysterium zu werden.

Lisa Suckert
ist seit 2016 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. Sie erforscht den Zusammenhang von Krisen und Zukunftserwartungen unter anderem am Fall des Brexits und der Krise der EU. Ihre weiteren Forschungsinteressen sind Wirtschafts- und Zeitsoziologie, politische Soziologie sowie Nachhaltigkeits- und Kapitalismusforschung.

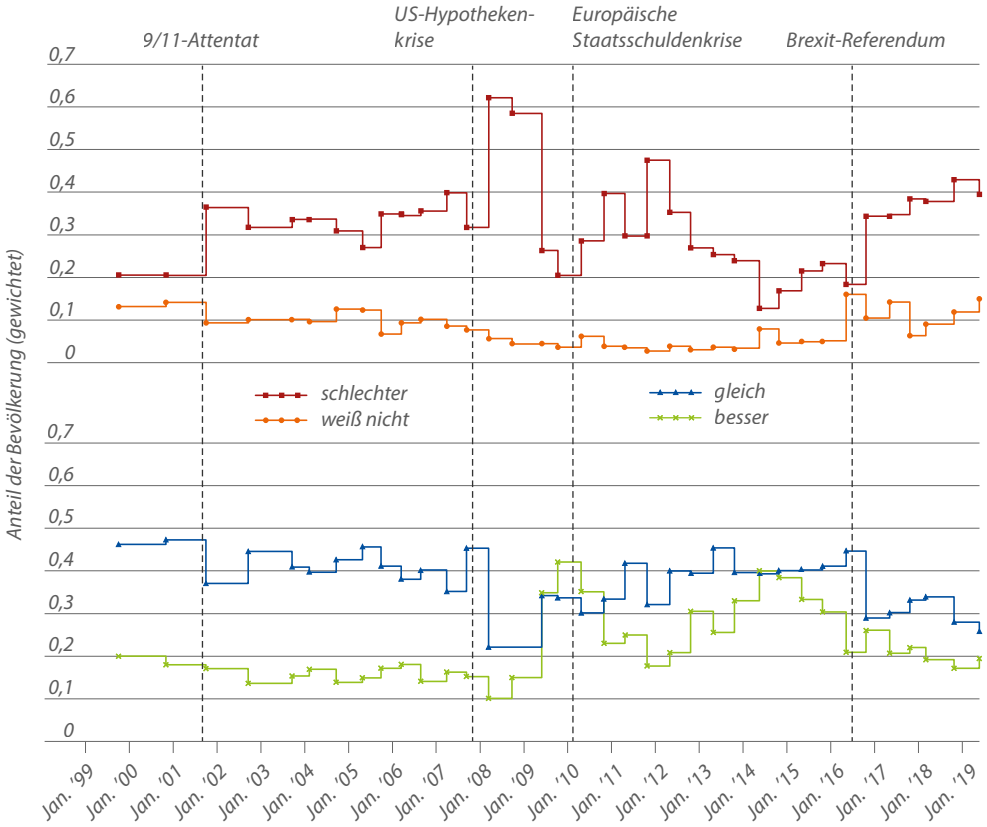


Abbildung 1: ***Zukunftserwartungen im Vereinigten Königreich, 1999–2019.*** *Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um die wirtschaftliche Lage im Vereinten Königreich geht? (Quelle: Eurobarometer)*

wesentlich zur Ausweitung der Immobilienkrise 2007 bei, die sich über eine globale Finanz- und Bankenkrise schließlich zu einer Währungs- und Staatsschuldenkrise entwickelte und Länder wie Griechenland bis an den sozialökonomischen Abgrund drängte.

Die doppelte Unsicherheit, die Krisen charakterisiert, hat somit das Potenzial für zusätzliche wirtschaftliche Verwerfungen: Ökonomische Krisen können durch unsichere Zukunftserwartungen ausgeweitet und verschärft werden; nicht primär ökonomische Krisen, wie etwa die Corona-Pandemie, entwickeln im weiteren Verlauf oftmals eine wirtschaftliche Dimension, die ebenso verheerend sein kann wie die ursprüngliche Krise. Wirtschaftspolitik zielt in Krisenzeiten daher zunächst darauf, Unsicherheiten abzufedern. Als Reaktion auf die Verwerfungen kündigen Regierungen an, „einzuspringen", zu „überbrücken". Durch staatliche Eingriffe sollen Planungshorizonte zurückgewonnen und positive Erwartungen stimuliert werden. Die Entscheidung, wessen Zukunft als systemrelevant gilt und an wessen Zukunft zugunsten von Austeritätsvorgaben getrost gespart werden darf, ist dabei verhängnisvoll. Entsprechende Zukunftsvorstellungen sind nicht zuletzt Gegenstand politischer Machtkämpfe. Neben tatsächlichen Maßnahmenpaketen entscheidet in Krisenzeiten aber auch rhetorische Überzeugungskraft darüber, ob es der Politik gelingt, das Vertrauen in die Zukunft zu stärken. Mario Draghis legendäres Versprechen, zur Rettung des Euros „whatever it takes" zu tun, ist ein eindrückliches Beispiel. Dem Zentralbankchef gelang es 2012 allein damit, die Finanzmärkte zu beruhigen und eine weitere Verschärfung der Krise abzuwenden.

Zuversicht oder „Zukunftsmüdigkeit": Wie gelingt der Ausstieg aus der Krise?

Kann man Krisen also durch Zuversicht entkommen? Systematische Fehlanreize, wie sie das globale Finanzsystem charakterisieren, oder tiefgreifende politische Zerwürfnisse lassen sich dadurch ebenso wenig beheben, wie sich ein Krankheitserreger durch zur Schau gestellten Optimismus stoppen lässt. Gleichwohl ist das öffentliche Ringen um neue Zukunftsperspektiven ein wichtiges Element bei der Überwindung von Krisen. Nur in der intensiven und oft kontroversen Auseinandersetzung mit der Zukunft lassen sich alternative Lösungsszenarien abwägen sowie Ziele und Mittel neu definieren und legitimieren, um so allmählich die Unsicherheit zu reduzieren. Der Umstand, dass Krisen alte Gewissheiten aushöhlen, kann dabei durchaus ins Positive gewandt wer-

Auf eine Krise folgt nicht immer Optimismus: Der Brexit-Entscheid und die nachfolgenden Kontroversen waren geprägt von Zukunftsängsten und dem nostalgischen Wunsch, die Vergangenheit aufleben zu lassen. Vom britischen Glauben an eine bessere Zukunft scheint durch den anhaltenden Krisenmodus nicht mehr viel übrig zu sein.

den. Gelingt es, die Unbestimmtheit der Zukunft nicht mehr als Unsicherheit, sondern als Offenheit zu begreifen und dabei eine Vorstellung von Zukunft zu etablieren, die weite Teile der Bevölkerung teilen, kann ein gesellschaftliches Klima des Aufschwungs entstehen. Krisen gehen dann in eine Phase der Zuversicht über. Abbildung 1 zeigt entsprechend, dass der Krise vom 11. Septembers 2001, der Finanz- sowie der Staatsschuldenkrise jeweils Phasen folgten, in denen viele Briten wieder an eine stabile oder gar bessere wirtschaftliche Zukunft glaubten. Den Krisen folgte Optimismus.

Das Beispiel des Brexit-Referendums zeigt allerdings, dass dies keine zwangsläufige Entwicklung ist. Der Anteil jener Briten, die zuversichtlich in die Zukunft blicken, nahm bereits im Vorfeld des EU-Referendums ab. Das Votum hat die Zukunftserwartungen weiter eingetrübt und bezeichnenderweise nahm auch der Anteil derjenigen zu, denen die Zukunft so unsicher scheint, dass sie überhaupt keine Einschätzung mehr abgeben können („weiß nicht"). Der Brexit-Entscheid und die nachfolgenden Kontroversen wurden in der Tat kaum von positiven Zukunftsszenarien getragen, sondern von Zukunftsängsten auf der einen und dem nostalgischen Wunsch, die Vergangenheit aufleben zu lassen, auf der anderen Seite. Der Glaube an eine bessere Zukunft, der in Großbritannien traditionell stark ausgeprägt war, scheint sich angesichts des anhaltenden Krisenmodus nachhaltig erschöpft zu haben.

Die Zukunft scheint vielerorts selbst in die Krise geraten zu sein.

Diese tiefer greifende „Zukunftsmüdigkeit" ist derzeit, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß, in vielen Gesellschaften spürbar. Sie lässt sich nicht zuletzt als Folge des vorausgegangenen Krisenjahrzehnts verstehen, in dem die Hoffnungen breiter Bevölkerungsschichten wiederholt enttäuscht wurden und die Ungleichheit in vielen Ländern zugenommen hat. Zu den etablierten gesellschaftlichen Trennungslinien von rechts und links, oben und unten sind zudem neue Polarisierungen, etwa zwischen Stadt- und Landbevölkerung, getreten. Den immer stärker fragmentierten Gesellschaften gelingt es schon in Normalzeiten kaum, positive Zukunftsvorstellungen zu generieren, mit denen sich ein Großteil der Bevölkerung identifizieren kann. Die Zukunft scheint vielerorts selbst in die Krise geraten zu sein.

Dies sind denkbar ungünstige Ausgangsbedingungen, um den sozioökonomischen Verwerfungen, die nun als Folge der Pandemie drohen, zu begegnen. Wo Fortschritt schon unter normalen Bedingungen nicht mehr als gemeinsames Unterfangen verstanden wird und Zukunftsutopien Mangelware sind, fällt es in Krisenzeiten besonders schwer, Vertrauen in die Zukunft zu fassen. Zur Überwindung der gegenwärtigen Krise braucht es daher – mindestens so dringend wie einen Impfstoff – gesellschafts- und wirtschaftspolitische Zukunftsentwürfe, die über bestehende Spaltungen hinweg verfangen und so wieder nachhaltig Zuversicht vermitteln können.

Zum Weiterlesen

Beckert, J.:
Imagined Futures: Fictional Expectations and Capitalist Dynamics. Harvard University Press, Cambridge, MA 2016.

Mayntz, R.:
Überraschende historische Ereignisse als theoretisches Problem. In: Ordnung und Fragilität des Sozialen: Renate Mayntz im Gespräch. Ariane Leendertz und Uwe Schimank (Hg.). Campus, Frankfurt a.M. 2019, 297–315.

Suckert, L.:
"Return to what we were": Wirtschaftstraditionen und ökonomische Identität im Zuge der Brexit-Kampagne. Leviathan 48 (1), 119–52 (2020).

Start der Max-Planck-Partnergruppe in Chile

„Der ideale Ort, um die gesellschaftliche Einbettung der Wirtschaft zu erforschen“

Das MPIfG kooperiert mit Partnerinstitutionen und Forscherinnen und Forschern in vielen Ländern. Felipe González hat 2020 gemeinsam mit dem MPIfG die Max Planck Partner Group for the Study of the Economy and the Public in Santiago de Chile gegründet. Er berichtet über die Mission der Gruppe, über soziale Unruhen in Chile – und erinnert sich an den Kulturschock während seiner Zeit in Deutschland.

Felipe González
35, studierte Soziologie an der Alberto-Hurtado-Universität in Santiago de Chile. Er arbeitete als wissenschaftlicher Assistent beim Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen und an der Lateinamerikanischen Fakultät für Sozialwissenschaften. Zwischen 2011 und 2016 promovierte er am MPIfG in Köln. Seit Januar 2020 leitet er die Max Planck Partner Group for the Study of the Economy and the Public in Santiago de Chile.

Frühjahr 2020. Die ganze Welt in der Corona-Schockstarre – und Chile macht hier natürlich keine Ausnahme. Dennoch bin ich der Meinung, dass das Virus und die Social-Distancing-Maßnahmen über die Bevölkerung Chiles zu einem besonders ungünstigen Zeitpunkt hereinbrachen. Vor Corona fanden in Santiago und anderen chilenischen Städten heftige Demonstrationen statt – und das bereits seit Oktober 2019. Ausgelöst wurden die Proteste durch eine Erhöhung der Preise für Metro-Fahrkarten. Ein Minister goss zusätzlich Öl ins Feuer, als er sagte, die Leute müssten einfach früher aufstehen – dann seien die Tickets billiger. Rückblickend war dies der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Die gesellschaftlichen Ursprünge der Unruhen indes liegen bereits zwanzig oder dreißig Jahre zurück.

Egal ob Gesundheit oder Bildung, in Chile ist fast alles privatisiert. Viele Menschen können sich deshalb eine angemessene medizinische Grundversorgung oder ein Studium nicht leisten – was zu einer zunehmenden sozialen Ungleichheit führt. Als die Regierung die Ticketpreise erhöhte, schlug die Unzufriedenheit in Proteste um. Tausende Chilenen gingen auf die Straße und skandierten: „Gebt uns unsere Würde!“

> In Chile ist fast alles privatisiert – ein neoliberales Experiment.

Kurz vor dem Corona-Ausbruch schienen die Proteste Erfolg zu haben. Das Parlament veranlasste eine Volksbefragung darüber, ob die Verfassung, die während der Diktatur unter Pinochet geschrieben wurde, geändert werden sollte. Denn erst die Verfassung legitimiert die Privatisierung und ist daher in den Augen vieler Menschen der Ursprung der Ungleichheit. Dann aber verhängte

Das Volk auf der Straße: Im Oktober 2019 gab es in Santiago de Chile heftige Proteste gegen die Regierung, ausgelöst durch eine Erhöhung der Metro-Fahrpreise.

die Regierung den Lockdown und verschob die Abstimmung auf Oktober. Nun weiß niemand, was daraus wird. Vor Corona hatten die Demonstranten das Momentum auf ihrer Seite; die Politiker spürten den gesellschaftlichen Druck. Diese Stimmung könnte im Oktober verflogen sein, obwohl die Pandemie die Ungleichheit und das defizitäre Gesundheitssystem umso mehr offenlegt.

Für Wirtschaftssoziologen wie mich ist Chile der ideale Ort, um die gesellschaftliche Einbettung der Wirtschaft zu erforschen. Seit Beginn dieses neoliberalen Experiments wird das Land von Ökonomen beherrscht. Und aufgrund des privatisierten Systems finden sich viele Verbindungen zwischen wirtschaftlichen und sozialen Aspekten. Dennoch habe ich während meines gesamten Soziologiestudiums nichts über Wirtschaftssoziologie gelernt, weshalb ich selbst dazu recherchierte und dabei auf das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung stieß. Ich konnte mein Glück kaum fassen, als ich dort eine Doktorandenstelle erhielt.

Nachdem ich meine Promotion beendet und noch einige Zeit am Institut geforscht hatte, entschied ich mich, nach Chile zurückzugehen. Es war für mich jedoch klar, dass ich mit Deutschland, Köln und vor allem dem Institut weiter verbunden bleiben möchte. Die Max-Planck-Partnergruppe, die ich seit Januar leite, ist daher der ideale Kompromiss. Ein Ziel der Gruppe: Wirtschaftssoziologie in Chile bekannter zu machen. Es gibt eine wachsende Community junger Studierender, die sich für dieses Thema interessieren. Für sie soll die Partnergruppe als Treffpunkt dienen. Zugleich soll sie eine Brücke schlagen zwischen Chile und der Max- Planck-Gesellschaft – und zwischen Chile und Deutschland.

Die Kulturen beider Länder könnten unterschiedlicher kaum sein, was ich selbst erlebte, als ich 2011 nach Köln zog. In Lateinamerika sind die Leute grundsätzlich entspannt, sie unterhalten sich lautstark auf der Straße, und vieles wird eher locker gehandhabt. In Deutschland schien es dagegen für alles strikte Regeln zu geben: Man trennt den Müll, man läuft nur auf dem Bürgersteig, und im Zug wird nicht telefoniert! Sobald ich jedoch einmal die wichtigsten Gepflogenheiten verinnerlicht hatte, spürte ich beinahe unbegrenzte Freiheit.

Köln versprüht meiner Ansicht nach sogar etwas lateinamerikanisches Flair. Natürlich auch wegen des Karnevals; die Kölnerinnen und Kölner sind aber grundsätzlich von ihrem Wesen her sehr offen und warmherzig. Wie oft ich im Bus oder auf der Straße mit fremden Leuten ins Gespräch gekommen bin! In anderen Regionen Deutschlands habe ich diese Erfahrungen nicht gemacht. In Köln jedenfalls habe ich Freundschaften geschlossen, die sicher mein Leben lang halten werden.

Erschienen in: MaxPlanckForschung, Heft 2/2020, S. 86–87
www.mpg.de/15192525/MPF_2020_2

Mehr zur Person
https://tinyurl.com/felipe-gonzalez-lopez1

Forschen in Zeiten der Krise

Seit Beginn des Jahres hält das Coronavirus die Welt in Atem. Als Deutschland im März zunächst die Schulen und Kitas und kurze Zeit später auch Grenzen und Geschäfte schloss, wurden die Auswirkungen der Pandemie immer spürbarer. Auch im Wissenschaftsbetrieb war plötzlich alles anders. Forscherinnen und Forscher sowie Mitglieder der Servicegruppen am MPIfG berichten, wie sie diese ungewöhnliche Zeit im Frühjahr 2020 erlebten.

„Das Wünschbare und das Machbare sind nicht identisch“

Wissenschaftliches Arbeiten im Homeoffice? Für Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler doch kein Problem, könnte man meinen. Warum das Virus auch ein Forschungsinstitut wie das MPIfG vor ungeahnte Herausforderungen stellt, erklärt Forschungsgruppenleiter *Martin Höpner*. Und für *Timur Ergen*, der als wissenschaftlicher Mitarbeiter zu Unsicherheit und Risiko forscht, wird sein sonst eher abstraktes Forschungsfeld plötzlich ungewohnt greifbar.

Martin Höpner
leitet die Forschungsgruppe Politische Ökonomie der europäischen Integration am MPIfG und beschreibt die Auswirkungen von Corona auf die Arbeitssituation vieler Forscherinnen und Forscher in Deutschland

Lesen und recherchieren, nachdenken, schreiben, redigieren, kurz: Was Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler so machen, das geht auch allein und in der Regel auch daheim. Für die Forschungsarbeit eines Instituts wie des MPIfG dürfte die Pandemie auch in ihrer Hochphase ein eher kleines Problem gewesen sein, mag man also denken.

Im Hinblick auf Schul- und Kitaschließungen oder etwa Erkrankungen und Quarantänemaßnahmen im familiären Umfeld stellte Corona Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler jedoch vor dieselben Probleme wie den Rest der Bevölkerung. Hinzu kamen forschungspraktische Schwierigkeiten, die man mit fehlendem Arbeitsmaterial im verarbeitenden Gewerbe vergleichen kann: die Bereitschaft der Menschen, Interviews für qualitative Studien zu geben, ging zurück, Archive und Bibliotheken schlossen zeitweise, Forschungsaufenthalte mussten abgebrochen werden oder wurden unfreiwillig verlängert, weil Rückflüge nicht möglich und Grenzen geschlossen waren. Auch schwanden die Möglichkeiten des direkten Austauschs in Forschungsgruppen und Qualifizierungsmaßnahmen wie etwa Statistikkurse wurden abgesagt – Letzteres oft eine Voraussetzung dafür, die Auswertung vorher zusammengestellter Datensätze angehen zu können.

Dann müssen die betroffenen Forschungen eben später geschehen, mag man jetzt denken. Das ist bedauerlich, aber nicht wirklich bedrohlich. Dennoch ist gerade das ein schwerwiegendes Hindernis für eine wissenschaftliche Laufbahn. Forscherinnen und Forschern steht typischerweise auf be-

fristeten Verträgen ein vorab definierter Zeitraum zur Verfügung, um eine Doktorarbeit oder Habilitation fertigzustellen. Nur wenn das gelingt, geht es weiter auf dem vorgezeichneten Weg: Doktoren werden zu Habilitanden oder schlagen andere Karrierewege ein, Habilitierte können sich auf Professuren bewerben. Der Wegfall vieler Monate ist für die Betroffenen in dieser Lage ein ernstes Problem.

Hier können nur Verlängerungen der Verträge helfen. Die Max-Planck-Gesellschaft und ihre Institute wie auch die Universitäten tun, was sie können. Allerdings wird das Problem hierdurch lediglich verlagert. Greifen nämlich alle zum Mittel der Verlängerung und schieben Neueinstellungen im Gegenzug in die Zukunft, dann trocknet für die, die ihre Qualifizierungsarbeiten schon abgeschlossen haben, der Arbeitsmarkt aus. Auch die Qualifiziertesten finden dann trotzdem keine Anschlussstellen.

Optimal wäre daher eine Doppelstrategie aus Vertragsverlängerungen und parallelen Neueinstellungen in vollem Umfang: Schutz, ohne dass der Arbeitsmarkt austrocknet. Aber das ist kostspielig und setzt Budgeterhöhungen voraus. Wiederum kann man sagen: Die Forschungseinrichtungen tun, was sie können. Aber es sollte nicht verwundern, dass das Wünschbare und das Machbare nicht identisch sind. Auch für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler also, als Doktoranden und Habilitanden oft genau im Alter der Familiengründung, war und bleibt Corona ein großer Stresstest und eine Quelle von noch mehr Unsicherheit über den zukünftigen Werdegang.

Timur Ergen
Wissenschaftlicher Mitarbeiter am MPIfG, forscht zu Deindustrialisierungspolitik und der Bedeutung von Zukunftserwartungen für wirtschaftliche Dynamik

Seit März 2020 – seit die Weltgesellschaft versucht, die Infektionsdynamik mit dem „Hammer“ einzudämmen – erinnere ich mich ständig an eine Diskussion, die wir in der Forschungsgruppe zur Soziologie

der Märkte geführt haben. In der Wirtschaftssoziologie unterscheiden wir traditionell zwischen Situationen unsicherer und berechenbarer Zukünfte – zwischen der Silicon-Valley-Unternehmerin, die ihr Universitätsstudium abbricht, um auf die unsichere Zukunft eines Start-ups zu wetten, und dem Lehramtsstudenten, wohlinformiert über die kommenden „Mangelfächer“. Aber ist das denn so einfach? Was ist mit der Spitzenabsolventin der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR, die sich 1986 für eine berechenbare Karriere im Staatsdienst der DDR entschieden hat? Und was ist mit dem Start-up-Gründer, der mit wohlklingenden Begriffen wie

Virtueller Wissenschaftsbetrieb, schnelle Hilfen und Planungssicherheit für die Forschung: die Corona-Maßnahmen des MPIfG

Angesichts der weltweit rasch steigenden Zahl von Corona-Erkrankungen und der wachsenden Zahl von Risikogebieten beschloss die Leitung des MPIfG Mitte März 2020 die Umstellung des Forschungsbetriebs auf mobile Arbeit im Homeoffice. Öffentliche Veranstaltungen wurden abgesagt, auf Dienstreisen und Konferenzteilnahmen wurde verzichtet, interne Veranstaltungen und Besprechungen wurden per Videokonferenz organisiert. Auch im Sommersemester 2020 hält das Institut an diesen Schutzmaßnahmen fest – mit einigen Lockerungen, die der Gesetzgeber inzwischen erlaubt. Das Institut führt seine Forschungsarbeit nach abruptem Wechsel derzeit erfolgreich auf virtuellen Plattformen und in einem reduzierten Betrieb vor Ort weiter.

Dennoch schafft die Corona-Krise Belastungen und Unsicherheiten für viele der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Wissenschaft und Service. Dem begegnet die Max-Planck-Gesellschaft nach Kräften mit schnell wirkenden Maßnahmen, die Härten und Belastungen abmildern und Nachteilsausgleiche schaffen.

Aber es gilt auch, das Wissenschaftssystem langfristig zu stabilisieren, indem den Forschenden und insbesondere dem wissenschaftlichen Nachwuchs weiterhin berufliche Perspektiven geboten werden und der Arbeitsmarkt für Forschende weiter offen bleibt. Das MPIfG beteiligt sich hieran, indem es auch während der Corona-Krise in vollem Umfang für kommende akademische Jahre rekrutiert. Verlängerungsentscheidungen für bestehende Verträge werden mit großem Vorlauf getroffen, um mehr Planungssicherheit zu geben, und wir unterstützen unsere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler individuell dabei, einen Weg durch die Krise zu finden.

Disruption, Kreativität und Wagnis um sich wirft, um dann doch nur der Herde zu folgen und eine weitere im Prinzip austauschbare Online-Handelsplattform aufzubauen?

Dass auch im routinemäßigen Alltagshandeln gewissermaßen „unter Unsicherheit" entschieden wird, führt uns die COVID-19-Krise gerade eindrucksvoll vor. Selbst in einem Beruf wie der akademischen Forschung, in dem man so privilegiert ist, nicht gleich entlassen zu werden und zu Hause arbeiten zu können, sind die Erschütterungen von Routinen beträchtlich. Austausch und Feldforschung werden eingestellt, essenzielle Kontakte antworten nur zögerlich und die Betreuung von fast total isolierten Kindern zehrt an den Kräften. Währenddessen brechen schon jetzt wichtige akademische Arbeitsmärkte ein. Und doch erscheint dies alles noch eher harmlos angesichts des Schicksals von weltweit Abermillionen kurzerhand auf die Straße gesetzten Arbeiterinnen und Arbeitern. Bleibt zu hoffen, dass sich „im Tanz" etwas von der Hintergrundstabilität wiederherstellen lässt, mit der wir uns kollektiv vorgaukeln, Zukunft berechnen zu können.

„So weit und einladend die Welt für mich war, so sehr ist sie plötzlich auf 60 Quadratmeter reduziert"

Viele der Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler des MPIfG, vor allem auch diejenigen, die an der International Max Planck Research School on the Social and Political Constitution of the Economy (IMPRS-SPCE) forschen, sind während des Lockdowns auf der ganzen Welt gestrandet und mussten neue Routinen für das wissenschaftliche Arbeiten abseits des Instituts finden. Sechs von ihnen berichten aus den Homeoffices rund um den Globus von ihren Erfahrungen – von Ostwestfalen bis Neu-Delhi, von Köln bis New York.

Lukas Arndt
Cotutelle-Doktorand an der IMPRS-SPCE in Köln und Paris, musste sein Gastsemester in Paris vorzeitig beenden

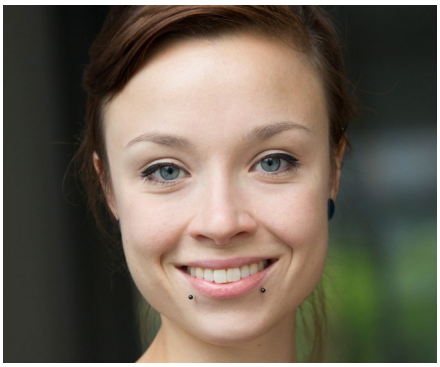
Mein Vater ruft mich: Telefon. Gudrun Löhrer, unsere Forschungskoordinatorin, ist zum verabredeten Telefontermin dran. Sie lacht: „Das ist ja wie früher in der Schulzeit!" – und genauso fühlt es sich auch an. Seit den Reise- und Ausgangsbeschränkungen hat meine Arbeit paradoxerweise den Hauch eines Digital-Nomad-Lebens, von dem man ab und zu in den Feuilletons liest. Wie viele andere Gaststudenten habe auch ich meinen Aufenthalt in Paris vorzeitig beendet. Mit Glück konnte ich einen der letzten Züge zu meinen Eltern auf dem ostwestfälischen Land nehmen.

Ein paar Wochen später ging es dann wieder nach Köln ins neue alte Homeoffice. Als vorwiegend quantitativ arbeitender Soziologe habe ich das große Glück, weitestgehend ortsunabhängig arbeiten zu können, dank der weiterhin einzigartigen Unterstützung und Infrastruktur der EDV und des Bibliotheksteams am MPIfG. Jedoch fehlen die Treffen mit Kolleginnen und Kollegen, das professionelle wie kollegiale Zusammenkommen und der wissenschaftliche Austausch am Institut: Die sonst so fröhliche Ankunft des Wochenplans, der einen Überblick über alle Veranstaltungen am MPIfG gibt, hat derzeit einen melancholischen Beigeschmack.

Monica Bolelli
Doktorandin der IMPRS-SPCE an der Universität Duisburg-Essen, mittlerweile zurückgekehrt aus dem von Corona stark betroffenen Italien

Der Ausbruch der Pandemie hatte einen sehr radikalen und negativen Einfluss auf den Verlauf meiner Forschungsarbeit. Ich traf genau an dem Wochenende in Italien ein, an dem sich herausstellte, dass COVID-19 im Land war und sich schon eine ganze Zeit lang ausgebreitet hatte. Ich

kann sagen, dass meine Feldforschung dadurch von Anfang an eingeschränkt war. Die Lage war unklar und beängstigend, und diese Ungewissheit machte es mir schwer, mich auf die Arbeit zu konzentrieren. Außerdem musste ich aus Gründen der Prävention darauf verzichten, Orte wie Bibliotheken zu besuchen, um dort Materialien zu recherchieren. Selbst Online-Interviews schienen mir zu dieser Zeit nicht angebracht. Rein mental hätte ich es wohl schaffen können, aber ich glaube, es wäre unmoralisch gewesen, Menschen zu kontaktieren, die in einigen der am stärksten betroffenen Gebiete des Landes leben und gerade eine so schreckliche Erfahrung durchmachen. Nach einem Monat im Lockdown habe ich versucht, mich wieder stärker ins Online-Leben des Instituts einzubringen, ich lese wieder mehr, reflektiere meine Arbeit und versuche, sie weiter voranzutreiben. Aber für den Moment steckt meine Feldforschung noch fest und ich muss die praktische Durchführung meiner Forschung radikal überdenken.



Laura Einhorn
Doktorandin der IMPRS-SPCE, hat im April ihre Doktorarbeit zum Thema „Soziale Ungleichheit und Fleischkonsum" abgegeben

Die letzten vier Wochen meines PhDs standen an, als sich die Nachrichten um das Coronavirus häuften. Ich hatte Glück, denn meine Arbeit ist nicht standortgebunden und das Schreiben allein setzt keine sozialen Kontakte voraus. Dennoch waren die kognitiven und emotionalen Auswirkungen der Situation für mich zunehmend spürbar. Ich war abgelenkt durch das ständige Bedürfnis, die Nachrichtenlage zu überblicken, und in meinem Kopf schwirrten tausend Fragen: Wie beeinflusst diese Krise das Wohl und das Leben Einzelner? Wird sie egalisierend wirken oder Ungleichheiten verschärfen? Warum reagieren nationale Regierungen so unterschiedlich? Und wieso scheinen Verschwörungstheorien noch ansteckender zu sein als das Virus selbst?

Die soziologische Neugierde sowie die sich verändernden Rahmenbedingungen erschwerten das Schreiben enorm. Das Institut gewährte mir in dieser Zeit schnell und unbürokratisch eine zweiwöchige Verlängerung der Abgabefrist, die ich dankbar annahm. Jetzt, nach der Abgabe, stellt sich die Situation anders dar: Erleichterung mischt sich mit der bitteren Erkenntnis, dass die abgesagten Veranstaltungen, sowohl wissenschaftlicher als auch privater Natur, Lichtblick und Quelle von Erholung sowie zukünftiger Karriereoptionen gewesen wären. Nun stehe ich einem veränderten und ungewissen Arbeitsmarkt gegenüber.

Puneet Bhasin
Postdoktorand am MPIfG, arbeitet aktuell von New York aus an seinem Forschungsprojekt zur politischen Ökonomie der amerikanischen Währungsmacht

Seit Mitte März arbeite ich von New York aus. Da ich mich an dem Ort befand, der zum Epizentrum der COVID-19-Pandemie wurde, war die Arbeit in den letzten beiden Märzwochen besonders beeinträchtigt. Zu sehr war man damit beschäftigt, sich innerlich auf den herannahenden Tsunami von Krankheit und Tod einzustellen. Nach anfänglichen Schwierigkeiten ist es mir jedoch gelungen, meine Forschungsarbeit und meine Schreibphasen auch von zu Hause aus ganz gut zu absolvieren. Ich hatte dabei zwei Dinge besonders im Auge: einen Artikel umzuschreiben und die Daten für einen weiteren Artikel zu analysieren, auf den ich mich schon freue. Außerdem konnte ich Kommentare zu drei Aufsätzen anderer Forscher verfassen, mich auf die monatlichen Treffen meiner Forschungsgruppe vorbereiten und zwei Abstracts einreichen. Und obwohl sie keinen Ersatz für persönliche Gespräche oder den Besuch diverser Vorlesungen und Vorträge am Institut darstellen, haben die formellen und informellen Treffen mit Kollegen über Zoom den intellektuellen Austausch im Fluss gehalten. Wenn selbst die nahe Zukunft unsicher erscheint, gibt es natürlich immer wieder Tage, an denen es eine Herausforderung ist, fokussiert zu bleiben. Aber ich bemühe mich weiter, voranzukommen, auch wenn die Schritte manchmal kürzer sind.

Hannah Pool
Doktorandin an der IMPRS-SPCE, schreibt aktuell an ihrer Doktorarbeit zum Thema wirtschaftlicher Transaktionen auf Fluchtrouten nach Westeuropa

Von 2018 bis 2019 war ich ein Jahr international für meine Forschung zur Rolle von Geld auf Fluchtrouten unterwegs. Ein Jahr, in dem ich fast täglich bei Flüchtenden zum Essen eingeladen wurde, Hände geschüttelt habe, stundenlange Interviews führen durfte. Meine Forschungszeit in Iran, der Türkei, Griechenland und entlang der Balkanroute war geprägt von direktem

Austausch, menschlicher Nähe, langen Gesprächen und viel Gemeinschaft. Genau jener zwischenmenschlichen Nähe, die nun für uns alle so gefährlich werden kann.

Fast staunend schaue ich auf die soziale Intensität meiner Forschungszeit und meines anschließenden Gastsemesters an der Columbia Universität in New York zurück. So weit, offen und einladend die Welt für mich war, so sehr ist sie plötzlich auf 60 Quadratmeter reduziert. Während ich nun zurückgezogen die Schreibphase meiner Doktorarbeit erleben darf, sind meine Interviewpartner in den Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln oder in Sammelunterkünften in Deutschland von der Außenwelt abgeschottet. Zu ihrer finanziellen und rechtlichen Notlage ist nun eine weitere gesundheitliche Bedrohung zu den Gefahren ihrer Fluchtroute hinzugekommen.

Sandhya A.S

Doktorandin der IMPRS-SPCE an der Universität Duisburg-Essen, arbeitete seit einem Besuch bei ihrer Familie in Neu-Delhi zeitweise von dort aus an ihrer Dissertation

Da meine Feldforschung teilweise beendet war – die Transkriptionen waren abgeschlossen und das Codieren sollte starten – und ich die Angst vor der restlichen Feldforschung bewusst beiseitegeschoben hatte, war es für mich zunächst eine große Herausforderung, bei meiner Familie in Neu-Delhi festzusitzen. Hin- und hergerissen zwischen der Freude meiner Verwandten, dass ich nun länger als geplant bleiben würde, und dem eigenen Drang, wieder in „meinen Flow“ zurückzufinden, wurde mir schließlich klar, was fehlte: eine Routine.

Ich neige dazu, mein Leben zu untergliedern. Für mich ist der Raum, den ich mein Zuhause nenne, ein persönlicher und kein Arbeitsraum. In meiner Weltanschauung bedeutete Arbeit also, draußen zu sein. Diese Abgrenzung wurde während des Lockdowns natürlich zum Problem. Ich wusste, dass ich meinen Rhythmus finden musste. Eine Routine, um meine Arbeit und mein Produktivitätsbewusstsein aufrechterhalten zu können. Und wo Bedarf besteht, gibt es auch einen Weg. Ich habe letztendlich erkannt, wie wichtig es ist, Aufgaben jeden Tag zur gleichen Zeit zu erledigen, um einen Flow zu erzeugen, der mich in diesen beispiellosen Zeiten mehr Sinn in meinem Alltag finden lässt. Ich stehe früh auf, ohne es zu müssen. Ich habe Zeiten für die Arbeit, für Haushalt, Lebensmitteleinkäufe, Unterhaltung, das Füttern von streunenden Hunden und Kühen, für Yoga und Online-Zumba mit meinen Freunden und natürlich für die obligatorische Kritik an der gegenwärtigen rechten Regierung eingeplant. Solange ich all diese Dinge jeden Tag tue, bin ich zufrieden. Die zeitliche Gliederung meines Tages gibt mir das Gefühl, dass ich das Leben irgendwie doch noch unter Kontrolle habe.

Urkundenübergabe per Videokonferenz bei der diesjährigen Promotionsfeier: „neue Normalität“ am MPIfG im Sommer 2020

„Wir versuchen, in eine neue Normalität zu finden“

Im Bemühen, die Forschungsarbeit des Instituts auch in Corona-Zeiten erfolgreich fortzuführen, erhalten die Forscherinnen und Forscher tatkräftige Unterstützung aus den Servicegruppen des Hauses. So hilft die IT-Abteilung bei der Ausstattung mit Geräten für die mobile Arbeit oder bei der Einrichtung von Videokonferenzen, die Bibliothek bietet ein erweitertes Serviceangebot und sendet benötigte Literatur direkt nach Hause, und Forschungskoordination sowie Redaktion und Öffentlichkeitsarbeit übersetzen Veranstaltungsformate ins Digitale. Auch das International Office erfindet sich neu und wird zentrale Anlauf- und Beratungsstelle für all die Fragen, die Corona aufwirft. Und alle gemeinsam arbeiten daran, die Verbindungen und die Gespräche auch virtuell nicht abreißen zu lassen.

Gudrun Löhrer
Forschungskoordinatorin am MPIfG, verliert auch in der virtuellen Welt nicht den Blick für’s Wesentliche

Eine Doktorandin muss ihre Doktorarbeit verteidigen. Check. Kann sie aus der Schweiz anreisen? Nein, sie darf nicht rein. Kann sie online verteidigen? „Ja, das kann sie, aber Sie müssen sicherstellen, dass es keine technischen Störungen gibt.“ Ich runzele die Stirn. Vier Wochen nach Beginn des Lockdowns, die ganze Welt tummelt sich im virtuellen Raum, die Straßen sind frei und das Netz blockiert … „Ach, sie ist gar nicht in Deutschland, das geht aber nicht.“ Ja, nein, doch! Aber allein im Raum darf sie nicht sein. Okay. Ein ordentliches, promoviertes Mitglied der ETH Zürich muss her. Gefunden. Ein Prüfer hat technische Schwierigkeiten? Unsere IT kümmert sich. Veranstaltungen absagen, neu konzipieren, hybrid, flexibel, jeden Tag anders. Zurück in die neue Normalität?

Das Institut entscheidet sich, die Bewerbungsrunden für Postdocs und IMPRS-SPCE virtuell durchzuführen. Von Kapstadt bis Lima, von New York bis Valencia, überall sehen wir Menschen in ihren Zimmern sitzen. Sie bewerben sich, inmitten von Stillstand und Ausgangssperren sehe ich diesen Funken Hoffnung auf eine akademische Zukunft.

Doppelbelastung durch Kinderbetreuung und Homeoffice: Vor allem berufstätige Frauen standen während der Krise vor großen Herausforderungen.

Hier in Deutschland können wir immer noch raus, wenn nicht die nächste Videokonferenz ansteht – mit der MPG, mit den Partneruniversitäten, mit den Kolleginnen und Kollegen. Atemlos, überflexibilisiert, alles im Homeoffice. Das Kind hat Hunger. Ich koche das Mittagessen und werde belohnt mit einem 5-Minuten-Referat über unser Sonnensystem, wie schön. Ich halte kurz inne und im nächsten Moment tauche ich wieder ab, in mein Zimmer, in die nächste Videokonferenz.

Susanne Hilbring
Leiterin der Institutsbibliothek, vermittelt nun digitale Literatur in die Homeoffices der Forscherinnen und Forscher

Bibliothek im Homeoffice? Unvorstellbar! Doch dann waren wir überrascht, wie schnell wir uns mit tatkräftiger Unterstützung der IT eingerichtet hatten. Die fortgeschrittene Digitalisierung der Medien ist natürlich ein großer Vorteil, auf dem wir aufbauen konnten. Aber vor allem der Remote-Zugriff auf alle Quellen machte an der ein oder anderen Stelle noch Schwierigkeiten und musste nachgebessert werden. Das war ein interessanter Lernprozess für uns und das Monitoring dieses Dienstes wird zukünftig eine höhere Priorität haben.

Mit jeder Woche vermissten wir unsere Bibliotheksnutzerinnen und -nutzer mehr, aber wir haben uns regelmäßig mit Informationen zu Angeboten und Services bei ihnen gemeldet, um zu signalisieren, dass wir gerade jetzt für sie da sind. Aus verschiedenen Regionen Deutschlands und der Welt haben wir dankbares Feedback bekommen, wenn wir rasch einen Aufsatz oder ein dringend benötigtes E-Book vermitteln konnten oder die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Open-Access- und Forschungsdatenfragen beraten haben.

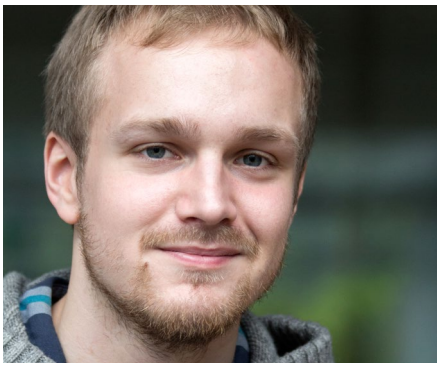
Bei den virtuellen Treffen des Teams waren übrigens die wahren Gewinner der Homeoffice-Zeit zu sehen: Hunde, Katzen und Wellensittiche der Bibliothekarinnen waren hochbeglückt über die Aufmerksamkeit, drängten sich gerne vor den Bildschirm und sorgten für Ablenkung. Sie werden enttäuscht sein, wenn wir wieder vor Ort am MPIfG arbeiten – aber wir freuen uns darauf!

Manuel Schüren und Frederik Fuchs
leiten die IT-Abteilung des MPIfG und hatten alle Hände voll zu tun, das Institut in kürzester Zeit auf einen virtuellen Forschungsbetrieb umzustellen

Arbeiten im Homeoffice ist in der IT-Abteilung nichts Ungewöhnliches. Doch trotz aller Vorbereitung kommt man dann ins Schwitzen, wenn sich relativ kurzfristig die Arbeitsumgebung des gesamten Instituts vom Vor-Ort-Betrieb ins Homeoffice verschiebt. Auch am Helpdesk war eine Menge los: Dass die Unterstützung von hilfesuchenden Kolleginnen und Kollegen durch eine Mischung aus E-Mail- und Telefonkontakten sowie dem regelmäßigen Einsatz von Software für Fernwartung so gut gelingen würde, hatten wir selbst nicht erwartet.

Allerdings gab es auch einige besondere Herausforderungen: Vergleichsweise selten genutzte Lösungen wurden quasi über Nacht zum essenziellen Gut. Die Anfragen nach Betreuung von Videokonferenzen sowie nach benötigtem (aber innerhalb weniger Tage nicht mehr auf dem Markt verfügbarem) Homeoffice-Equipment und die Zugriffe auf unsere externen Dienste stiegen massiv an.

Gerade die ersten Wochen nach Einführung der Corona-Regelungen im Institut waren deshalb für uns sehr stressig. Doch am Ende konnten wir den allermeisten Kolleginnen einen überwiegend reibungslosen Wechsel ins Homeoffice bieten, konnten die meisten Probleme lösen und haben auf diesem Weg einiges über uns und unsere eigene IT-Infrastruktur dazugelernt. Besonders schön war dabei auch der Zusammenhalt über die Abteilungsgrenzen hinweg, die gegenseitige Unterstützung und Rücksichtnahme waren sehr groß. Es zeigte sich, dass das Institut auch in schwierigen Zeiten zusammenhält.



Natürlich vermissen wir den spontanen Austausch im Institut, der sich nie ersetzen lassen wird. Innerhalb des Teams haben wir dafür eine Vielzahl von Tools im Einsatz und kommunizieren regelmäßig per Videokonferenz, Chat und Telefon, um wenigstens ein bisschen „Flur-

Feeling“ zu bekommen. Und obwohl wir alle uns sehr gerne mit und über Technik austauschen, freuen wir uns schon sehr auf den Tag, an dem wir endlich wieder gemeinsam Zeit im Institut verbringen können.

Christiane Wenz-Miebach
betreut den Empfang und das International Office am MPIfG und blieb trotz Corona auf ihrem Posten im Institut

Zu fünft oder sechst waren wir in den ersten Wochen … das Institut so still und leer, dass es schon fast unheimlich war und ich zusammenfuhr, als dann doch mal eine Doktorandin um die Ecke sauste, abbremste (Abstand einhalten!) und rief: „Ach, Du bist ja auch da!“

Ja, wir sind dageblieben, haben nur ein oder zwei Tage pro Woche im improvisierten Homeoffice gearbeitet und ansonsten versucht, ein sehr eingeschränktes Institutsleben am Laufen zu halten und in eine neue Normalität zu finden. Mit Masken, Desinfektion, zusätzlichen Listen – und sehr viel mehr E-Mails, Telefonaten, virtuellen Treffen mit herrlicher Situationskomik von: „Könnt Ihr mal zum Ende kommen, ich habe Hunger?“, bis hin zu: „Wir müssen eben mal unterbrechen, die fahren hier mit dem Rad durch die Wohnung!“

Dazu Webinare, während parallel die Paketpost klingelt, und on top (endlich!) der Sachbearbeiter des Ausländeramts zurückruft, der wiederum versuchen muss, den nicht mehr real existierenden Kundenverkehr zu gewährleisten. Und der übrigens, dies sei an dieser Stelle auch einmal erwähnt, wie viele seiner Kolleginnen und Kollegen kreative und flexible Lösungen mit uns entwickelt, wie wir unter den sich ständig ändernden Bedingungen die Herausforderungen einer „persönlichen Betreuung“ meistern können.

Ja, wie machen wir das? Müssen wir den eingeplanten Gästen jetzt absagen? Oder sollten wir doch noch warten, wie es sich entwickelt? Was machen wir mit den schon reservierten Gästewohnungen? Ständige Abfragen bei Behörden und Botschaften im In- und Ausland, dazu weltweit Gespräche via Zoom (welche Zeitzone war das noch mal?) und immer wieder: Wer ist wo, möchte zurück nach Deutschland oder lieber doch noch bleiben?

Vor allem aber: den Kontakt halten, Nähe schaffen, und sei es nur per E-Mail, mit Bildern, Neuigkeiten oder auch Links zu Artikeln und Angeboten, die ein wenig aufmuntern, durchatmen helfen. Sich freuen, wenn die eine oder der andere doch wieder ins Institut kommt und eine Mittagspause auf Distanz im Hof verbracht wird. Wenn eine Verteidigung trotz technischer Probleme wunderbar gemeistert wird und wir dann zum Gratulieren zuerst etwas hilflos mit den Armen rudern, weil Umarmen ja nicht geht, doch dann ein kleines Tänzchen draus machen.

Und ganz oft einfach nur ein paar Hände und Füße vor Ort sein: „Könntest Du bitte einmal im Postfach nachsehen …?“„Du, ich kann Soundso nicht erreichen, der müsste aber doch im Haus sein, oder?“ „Ich soll die Besprechung hosten, komme aber nicht ins Internet – kannst Du den anderen Bescheid geben?“

Ja, können wir (wenn auch nicht immer sofort). Machen wir. Gerne.

Und dennoch freuen wir uns riesig darauf, wenn wir wieder „richtig“ miteinander arbeiten und alle wiedersehen können.

Nachrichten

Neuer Projektverbund in Chile hat seine Arbeit aufgenommen

Von November 2019 bis November 2022 erforscht das „Socioeconomic Transformations Observatory of the MPIfG in Chile“ unter Leitung von Aldo Madariaga (Universidad Mayor, Chile) und Jens Beckert (MPIfG) aktuelle gesellschaftliche und politische Veränderungsprozesse in Europa und Lateinamerika, die auf die wirtschaftliche Zukunft wirken. Die beiden Regionen stehen exemplarisch für unterschiedliche Dynamiken in Kapitalismus und Demokratie. Der Projektverbund ist eine Kooperation des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung mit dem Centro de Economía y Políticas Sociales (CEAS) der Universidad Mayor sowie der Universidad Central de Chile, der Universidad Diego Portales und der Universidad Alberto Hurtado in Santiago de Chile. Bereits 2019 hat das MPIfG gemeinsam mit der Universidad Central de Chile eine internationale Max-Planck-Partnergruppe in Chile gegründet. Sie wird von Felipe González geleitet und legt ihren Schwerpunkt auf die Untersuchung der Politik wirtschaftlicher Erwartungen in der Öffentlichkeit mit den Methoden der Wirtschaftssoziologie und der Kommunikationswissenschaften.

Max-Planck-Partnergruppe in Polen wird verlängert

Die polnische Partnergruppe des MPIfG, ein Kooperationsprojekt mit dem Institut für Philosophie und Soziologie der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Warschau, wurde nach einer erfolgreichen Zwischenevaluation um zwei weitere Jahre bis Ende März 2022 verlängert. Seit 2017 erforscht die Max Planck Partner Group for the Sociology of Economic Life die soziale und institutionelle Einbettung wirtschaftlichen Handelns und kann bereits einen beeindruckenden wissenschaftlichen Output vorweisen. Geleitet wird die Partnergruppe in Warschau von Marcin Serafin, der von 2011 bis 2016 zunächst als Doktorand und dann als Postdoc am MPIfG tätig war. Mit den Partnergruppen fördert die Max-Planck-Gesellschaft Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler, die an Max-Planck-Instituten geforscht haben und in ihre Herkunftsländer zurückkehren.

Martin Höpner als Sachverständiger

bei Anhörung des Deutschen Bundestages zum EZB-Anleihekauf-Urteil

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Staatsanleihekäufen der Europäischen Zentralbank war am 25. Mai Gegenstand einer öffentlichen Anhörung im Europa-Ausschuss des Deutschen Bundestages. Die Karlsruher Richter forderten in ihrem Entscheid vom 5. Mai 2020, dass Bundestag und Bundesregierung auf eine Prüfung der Verhältnismäßigkeit der Anleihekäufe durch den EZB-Rat in den nächsten drei Monaten hinwirken. MPIfG-Forschungsgruppenleiter Martin Höpner hat als Sachverständiger an der Anhörung teilgenommen.

Deutscher Bundestag: Sachverständige kritisieren Karlsruher EZB-Urteil
https://tinyurl.com/MH-Karlsruhe

Umfragemodul zu COVID-19 wird Teil des European Social Survey

Ein Umfragemodul von Kostas Gemenis, wissenschaftlicher Mitarbeiter am MPIfG, und Levente Littvay (Central European University, European University Institute) wurde für die zehnte Runde des European Social Survey (ESS) ausgewählt. Die Wissenschaftler haben einen Fragenkatalog entwickelt, der die Einhaltung von staatlichen Regeln sowie die Einstellung gegenüber Verschwörungstheorien in Bezug auf COVID-19 abfragt. Der ESS ist eine länderübergreifende wissenschaftliche Erhebung, die seit ihrer Einrichtung im Jahr 2001 europaweit durchgeführt wird. Er erhebt Daten über Einstellungen und Verhaltensmuster der Bevölkerung in mehr als dreißig europäischen Ländern und gilt aufgrund der hohen methodischen Standards als international renommierte Vergleichsstudie. Die Erhebungsdaten sind für die nicht kommerzielle Nutzung frei verfügbar. Neben einem festen Hauptfragebogen gibt es themenspezifische Wechselmodule, die vor jeder Erhebungsrunde neu bestimmt werden. Der nächste ESS beginnt ab September 2020.

Kooperation zwischen IMPRS und Columbia University wird fortgesetzt

Internationale Kooperationen sind in der vergleichenden sozialwissenschaftlichen Forschung von herausragender Bedeutung. Daher pflegt die International Max Planck Research School on the Social and Political Constitution of the Economy (IMPRS-SPCE) bereits seit mehreren Jahren Partnerschaften mit namhaften Forschungseinrichtungen im Ausland. Nun wurde die Zusammenarbeit mit der Columbia University in New York bis 2023 verlängert. In dieser Zeit können bis zu zwei Doktorandinnen und Doktoranden pro Jahr zwischen drei und sechs Monaten an der jeweiligen Partnerinstitution verbringen und so internationale Forschungserfahrung sammeln.

Konferenz zur „Finanzialisierung der Stadt“ am MPIfG

Im Dezember 2019 kamen rund zwanzig Personen aus Wirtschaftssoziologie, Ökonomie und Geografie zu dem zweitägigen Workshop „The Financialization of the City: Making Space for Cities in Economic Sociology and Political Economy“ am MPIfG zusammen. In vier verschiedenen Panels diskutierten sie, wie der zunehmende Einfluss von Finanzmärkten und Verschuldung auf städtische Phänomene wirkt, insbesondere auf den städtischen Haushalt, die Finanzen privater Haushalte und den Wohnungsmarkt. Ausgangspunkt war die Beobachtung, dass Wirtschaftssoziologie und Politische Ökonomie städtische Phänomene sowie die Stadt als Analyseebene bisher vernachlässigt haben. Organisiert wurde die Konferenz von Mikell Hyman, Sebastian Kohl (beide MPIfG) und Marie Piganiol (Université Paris-Dauphine).

Lisa Suckert als Gastwissenschaftlerin an der LSE

Während Europa mit der Umsetzung des Brexit rang, untersuchte MPIfG-Wissenschaftlerin Lisa Suckert vor Ort in London, wie es zu dem Austritt Großbritanniens aus der EU kommen konnte. Im Frühjahr 2020 arbeitete sie als Gastwissenschaftlerin am European Institute der London School of Economics and Political Science (LSE). Unter anderem sichtete sie für ihr Forschungsprojekt „Brexit: Futures Drifting Apart" Kampagnenmaterial im Archiv der LSE.

Marina Hübner ist Referentin im Bundesfinanzministerium

Marina Hübner, die von 2014 bis 2019 Doktorandin und Postdoktorandin am MPIfG war, arbeitet seit Oktober 2019 als Referentin im Bereich Finanzmarktpolitik am Bundesministerium der Finanzen in Berlin. Während ihrer Zeit am MPIfG forschte sie unter anderem zur politischen Ökonomie der Europäischen Kapitalmarktunion im Kontext der Wachstums- und Eurokrise und gemeinsam mit Benjamin Braun zu Herausforderungen demokratischer Legitimität in der Eurozone.

Marina Hübner: Wenn der Markt regiert: Die Politische Ökonomie der Europäischen Kapitalmarktunion
https://tinyurl.com/Huebner-Campus

Gäste im ersten Quartal 2020

Im Januar durfte das MPIfG drei Gäste begrüßen: Kathleen Thelen, Ford Professor of Political Science am MIT in Cambridge und Auswärtiges Wissenschaftliches Mitglied des MPIfG, besuchte das Institut im Januar. Während ihres dreiwöchigen Aufenthalts gab sie unter anderem Einblicke in ihr aktuelles Forschungsprojekt „American Exceptionalism in Comparative Perspective: US Employers and the Law". Auch Christopher Smith Ochoa, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der NRW School of Governance, startete zum Jahresbeginn seinen dreimonatigen Forschungsaufenthalt am MPIfG. Er befasst sich mit der öffentlichen Diskussion um sozioökonomische Ungleichheit in Deutschland. Kai Koddenbrock, Vertretungsprofessor am Lehrstuhl für International Political Studies der Universität Witten/Herdecke, wird bis Ende September 2020 am MPIfG forschen. Sein Thema: „Die politische Ökonomie monetärer Dependenz: Westafrikanischer Handlungsspielraum im Vergleich".

Neue Mitarbeiter im Frühjahr 2020

Das MPIfG begrüßte im Frühjahr 2020 zwei neue Mitarbeiter. Sinisa Hadziabdic trat am 1. März seine Stelle als Senior Researcher in Lucio Baccaros Forschungsbereich „Politische Ökonomie von Wachstumsmodellen" an. Er erforscht, wie wirtschaftliche Ideen die Einstellungen zu verschiedenen Wachstumsmodellen beeinflussen. Zuvor war Hadziabdic Postdoktorand und Lehrassistent an der Universität Genf. Außerdem unterstützt Thomas Stevens, der zuvor studentische Hilfskraft war, den Bereich seit dem 1. April als Forschungsassistent.

Alexandra Hees promoviert

Im April 2020 wurde Alexandra Hees an der Universität zu Köln zum Thema „Eine ‚grüne' Zukunft für Kunststoffe? Die Entwicklung von Märkten für Biokunststoffe" promoviert. Sie untersucht in ihrer Dissertation das Spannungsverhältnis von Zukunftsvorstellungen und Marktschaffungsprozessen und rekonstruiert die Entwicklung von Märkten für Biokunststoffe von den 1970er-Jahren bis in die Gegenwart aus einer wirtschafts- und kultursoziologischen Perspektive. Die Studie leistet einen Beitrag zum soziologischen Verständnis der Veränderung von Märkten. Alexandra Hees war von Oktober 2015 bis März 2020 Doktorandin an der International Max Planck Research School on the Social and Political Constitution of the Economy (IMPRS-SPCE) und arbeitet nun als Programme Associate an der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich (ETH).

Björn Bremer erhält Linz-Rokkan Prize

Für seine Dissertation zum Thema „Austerity from the Left: The Fiscal Policies of Social Democratic Parties in Response to the Great Recession" wurde Björn Bremer vom European University Institute (EUI) mit dem Linz-Rokkan Prize für die beste Promotion in politischer Soziologie ausgezeichnet. Bremer erforschte, warum sich Sozialdemokraten nicht für einen keynesianischen Ansatz entschieden haben, um die Auswirkungen der Großen Rezession nach 2007 zu bewältigen. Seine Arbeit wurde für die Beantwortung einer wichtigen politischen Frage gelobt. Sie zeichne sich insbesondere durch die gründliche und klare Darstellung der Argumente und den Einsatz einer „beeindruckenden Reihe von Forschungsmethoden" aus, so die Jury. Der Linz-Rokkan Prize wird jährlich für die beste EUI-Arbeit in einem Bereich der politischen Soziologie vergeben, der sich mit einem Thema in den breit definierten Arbeitsbereichen von Juan Linz und Stein Rokkan befasst.

Pressemeldung des EUI zum Linz-Rokkan Prize
https://tinyurl.com/Linz-Rokkan-Bremer

Alina Marktanner promoviert

Alina Marktanner wurde im April 2020 an der Universität zu Köln promoviert. Ihre Dissertation „Vom Verbände- zum Beraterstaat? Unternehmensberater in der öffentlichen Verwaltung der Bundesrepublik, 1945 bis 2003" gibt Antworten auf die Frage, wie Unternehmensberater zu politischen Akteuren wurden und sich im Zuge wirtschaftlicher Politikberatung neue Semantiken und Praktiken im politischen Kommunikationsraum herausbildeten. Die Beratungsunternehmen Kienbaum, McKinsey und Roland Berger dienen hierbei als beispielhafte Fälle. Von Oktober 2015 bis August 2020 war Alina Marktanner Doktorandin an der International Max Planck Research School on the Social and Political Constitution of the Economy (IMPRS-SPCE). Derzeit ist sie Postdoktorandin am MPIfG.

Bücher, Journal Articles und Discussion Papers

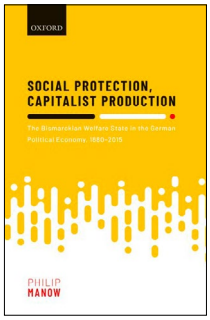
MPIfG Bücher

Philip Manow

Social Protection, Capitalist Production: The Bismarckian Welfare State in the German Political Economy, 1880–2015.

Oxford: Oxford University Press, 2020 | 192 pages

ISBN 978-0-19-884253-8 | £60.00



Social Protection, Capitalist Production provides a thorough analysis of the genealogy and the functional logic of German capitalism over the last 130 years. It addresses several puzzles of the existing literature, in particular how economic coordination proved possible and remained stable in a (big) country without prominent traits of neo-corporatism, without long government participation of social democratic parties, without centralized wage bargaining, without active economic steering by the government, under a "monetarist" regime, and under an allegedly liberal, namely "ordoliberal," economic policy.

The central claim of the book is that the functional equivalent was a "conservative-continental" welfare state which provided labor and capital with the organizational resources and the infrastructure to establish and maintain long-term economic coordination. A better understanding of the German case thus provides us also with a much better understanding of the different variants of coordinated market economies in Northern, Continental, and Southern Europe.

Siehe auch „Was macht eigentlich … Philip Manow" S. 32

MPIfG Journal Articles

Abstracts und Download

www.mpifg.de/pu/journal_articles_de.asp

Jens Beckert

The Exhausted Futures of Neoliberalism: From Promissory Legitimacy to Social Anomy.

In: Journal of Cultural Economy 13(3), 2020, 318–330.

Benjamin Braun, Arie Krampf und Steffen Murau

Financial Globalization as Positive Integration: Monetary Technocrats and the Eurodollar Market in the 1970s.

In: Review of International Political Economy, published online March 22, 2020.

Fabio Bulfone

New Forms of Industrial Policy in the Age of Regulation: A Comparison of Electricity and Telecommunications in Italy and Spain.

In: Governance 33(1), 2020, 93–108.

Michael Grothe-Hammer und Sebastian Kohl

The Decline of Organizational Sociology? An Empirical Analysis of Research Trends in Leading Journals across Half a Century.

In: Current Sociology, published online March 10, 2020.

Mikell Hyman
When Policy Feedback Fails: "Collective Cooling" in Detroit's Municipal Bankruptcy.
In: Theory and Society, published online April 1, 2020.

Manolis Kalaitzake
Brexit for Finance? Structural Interdependence as a Source of Financial Political Power within UK-EU Withdrawal Negotiations.
In: Review of International Political Economy, published online March 6, 2020.

Donald MacKenzie, Ian Hardie, Charlotte Rommerskirchen und Arjen van der Heide
Why Hasn't High-Frequency Trading Swept the Board? Shares, Sovereign Bonds and the Politics of Market Structure.
In: Review of International Political Economy, published online March 30, 2020.

Erik Neimanns
Unequal Benefits – Diverging Attitudes? Analysing the Effects of an Unequal Expansion of Childcare Provision on Attitudes towards Maternal Employment across 18 European Countries.
In: Journal of Public Policy, published online January 7, 2020.

Marta Olcoń-Kubicka
Pursuit of Fairness in Household Financial Arrangements among Young Middle-Class Couples in Poland.
In: Journal of Consumer Culture 20(2), 2020, 156–174.

Arjan Reurink und Javier Garcia-Bernardo
Competing for Capitals: The Great Fragmentation of the Firm and Varieties of FDI Attraction Profiles in the European Union.
In: Review of International Political Economy, published online March 19, 2020.

Lisa Suckert
"Return to what we were": Wirtschaftstraditionen und ökonomische Identität im Zuge der Brexit-Kampagne.
In: Leviathan 48(1), 2020, 119–152.

Arjen van der Heide
Model Migration and Rough Edges: British Actuaries and the Ontologies of Modelling.
In: Social Studies of Science 50(1), 2020, 121–144.

Leon Wansleben
"Ghost in the Machine": Der Staat in Luhmanns Theorie politischer Systeme.
In: Soziale Systeme 21(2), 2020, 279–306.

Leon Wansleben
Formal Institution Building in Financialized Capitalism: The Case of Repo Markets.
In: Theory and Society 49(2), 2020, 187–213.

MPIfG Discussion Papers

Abstracts und Download
www.mpifg.de/pu/discpapers_de.asp

Lucio Baccaro, Björn Bremer und Erik Neimanns
Is the Euro up for Grabs? Evidence from a Survey Experiment. MPIfG Discussion Paper 20/10.

Lucio Baccaro und Massimo D'Antoni
Has the "External Constraint" Contributed to Italy's Stagnation? A Critical Event Analysis. MPIfG Discussion Paper 20/9.

Sidney A. Rothstein
Toward a Discursive Approach to Growth Models: Social Blocs in the Politics of Digital Transformation. MPIfG Discussion Paper 20/8.

Renate Mayntz
Causal Mechanism and Explanation in Social Science. MPIfG Discussion Paper 20/7.

Paul Beckmann, Barbara Fulda und Sebastian Kohl
Housing and Voting in Germany: Multi-Level Evidence for the Association between House Prices and Housing Tenure and Party Outcomes, 1980–2017. MPIfG Discussion Paper 20/6.

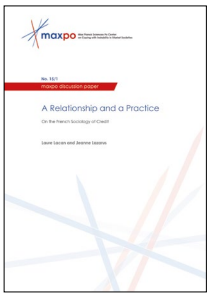
Gregory Ferguson-Cradler
Ownership in the Electricity Market: Property, the Firm, and the Climate Crisis. MPIfG Discussion Paper 20/5.

Chiara Benassi, Niccolo Durazzi und Johann Fortwengel
Not All Firms Are Created Equal: SMEs and Vocational Training in the UK, Italy, and Germany. MPIfG Discussion Paper 20/4.

Jens Beckert und Timur Ergen
Transcending History's Heavy Hand: The Future in Economic Action. MPIfG Discussion Paper 20/3.

Tobias Arbogast
Who Are These Bond Vigilantes Anyway? The Political Economy of Sovereign Debt Ownership in the Eurozone. MPIfG Discussion Paper 20/2.

Laura Einhorn
Normative Social Influence on Meat Consumption. MPIfG Discussion Paper 20/1.

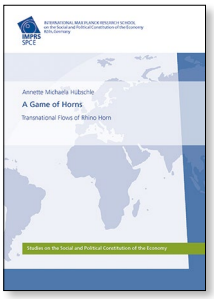


MaxPo Discussion Papers

Abstracts und Download
www.maxpo.eu/publications.asp

Patrick Kaczmarczyk
Growth Models and the Footprint of Transnational Capital. MaxPo Discussion Paper 20/2.

Olivier Godechot et al.
The Great Separation: Top Earner Segregation at Work in High-Income Countries. MaxPo Discussion Paper 20/3.



IMPRS-SPCE Dissertation Series

Studies on the Social and Political Constitution of the Economy

Abstracts und Download
imprs.mpifg.de/imprs_dissertation_series.asp

Laura Einhorn
Food, Classed? Social Inequality and Diet: Understanding Stratified Meat Consumption Patterns in Germany. University of Cologne, Cologne 2020.

Kristina Gushchina
Women's Political Representation in East-European Post-Communist and Post-Soviet Countries: Macro- and Micro-Level Analysis of the Factors of Election to the National and Regional Legislatures. University of Cologne, Cologne 2020.

Alexandra Hees
Eine „grüne" Zukunft für Kunststoffe? Die Entwicklung von Märkten für Biokunststoffe. University of Cologne, Cologne 2020.

Alina Marktanner
Vom Verbände- zum Beraterstaat? Unternehmensberater in der öffentlichen Verwaltung der Bundesrepublik, 1945 bis 2003. University of Cologne, Cologne 2020.

Düzgün Arslantaş
Clientelism and Dominance: Evidence from Turkey. University of Cologne, Cologne, 2019.

Donato Di Carlo
Together We Rule, Divided We Stand: Public Employers as Semisovereign State Actors and the Political Economy of Public Sector Wage Restraint in Germany. University of Cologne, Cologne 2019.

Aktuelle Publikationen des MPIfG
www.mpifg.de/pu/mpifg_pub_de.asp

The New Politics of Growth and Stagnation

Konferenz
30. und 31. Januar 2020

Die letzte Finanz- und Wirtschaftskrise führte zu einer fundamentalen Krise des Kapitalismus. Seit 2008 kämpfen fast alle fortgeschrittenen Volkswirtschaften mit geringem Wachstum und einer sogenannten säkularen Stagnation. Über Ländergrenzen hinweg wird es immer schwieriger, ein angemessenes Niveau der Gesamtnachfrage zu erzeugen, um Produktionsfaktoren sinnvoll zu nutzen.

Das war nicht immer so. Bis in die Achtzigerjahre basierte das Wachstum der großen europäischen Länder auf stetem Lohnwachstum. Im Anschluss daran kristallisierten sich unterschiedliche Wachstumsmodelle heraus, die bis zur Finanzkrise 2008 Bestand hatten: Entweder wurde die Gesamtnachfrage durch Konsum der Haushalte angetrieben oder durch eine erhöhte Nachfrage aus dem Ausland. Allerdings gab es auch schon vor der Krise Länder, die keinen tragfähigen Ersatz für das lohnorientierte Wachstum fanden und daher in die Stagnation gerieten. Das trifft zum Beispiel seit den Neunzigerjahren auf Italien zu und seit der Wirtschaftskrise möglicherweise auf viele weitere Länder.

Die politische Ökonomie steht erst am Anfang der Erforschung von Wachstumsmodellen. Wie viele mögliche Wachstumsmodelle gibt es? Welche politischen Koalitionen unterstützen unterschiedliche Wachstumsmodelle? Was ist der internationale Zusammenhang zwischen den verschiedenen Modellen? Und welche Erkenntnisse ergeben sich aus der Analyse der Wachstumsmodelle für unser Wissen über die säkulare Stagnation der letzten Jahre? Zur Diskussion dieser Fragen fand im Januar 2020 eine internationale Konferenz am MPIfG in Köln statt. Sie wurde von Lucio Baccaro (MPIfG), Jonas Pontusson (Universität Genf) und Mark Blyth (Brown University) organisiert, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus ganz Europa und den USA nahmen teil.

Hauptziel der Konferenz war es, die theoretische Idee hinter den Wachstumsmodellen herauszuarbeiten und die Modelle mit den Werkzeugen der politischen Ökonomie zu analysieren. Dazu präsentierten *Lucio Baccaro* und *Jonas Pontusson* eine innovative Methode, um Wachstumsmodelle zu erkennen. *Mark Blyth* und *Herman Schwartz* (University of Virginia) stellten den internationalen Zusammenhang der Wachstumsmodelle ins Zentrum ihrer Betrachtungen. *Engelbert Stockhammer* (King's College London) zeigte in seinem Vortrag Synergien zwischen der post-keynesianischen Makroökonomie und der Erforschung von Wachstumsmodellen auf, welche in der Forschung genutzt werden sollten.

Über diese theoretischen Vorträge hinaus gab es viele weitere Beiträge, die sich mit Wachstumsmodellen aus verschiedenen Perspektiven beschäftigten. Es wurden individuelle Wachstumsmodelle analysiert, wie zum Beispiel das exportorientierte Wachstumsmodell in Deutschland oder das konsumorientierte Wachstumsmodell in Großbritannien und den USA. Einzelne Beiträge blickten aber auch über den Tellerrand der westlichen Wirtschaftsnationen hinaus, etwa mit Analysen von Wachstumsmodellen in China und Lateinamerika.

Andere Vorträge wiederum stellten vergleichende Ansätze vor, um die wichtigsten Akteure und Prozesse in unterschiedlichen Wachstumsmodellen zu identifizieren. Dies umfasste Betrachtungen über die Zusammenhänge zwischen Wohlfahrtsstaaten und Wachstumsmodellen, die Bedeutung der Finanzialisierung oder die Rolle der Fiskalpolitik. Es zeigte sich, dass es Synergien zwischen verschiedenen Spielarten der

Wirtschaftspolitik und Wachstumsmodellen gibt, welche wir besser verstehen müssen.

Sämtliche Beiträge der Konferenz regten spannende Diskussionen an, die allen Beteiligten Einblicke in dieses neue, dynamische Forschungsfeld gaben. Der Austausch offenbarte vor allem zwei interessante Anknüpfungspunkte für zukünftige Forschung. Zum einen stellt sich die Frage, welche Konsequenzen die Finanz- und Wirtschaftskrise für unterschiedliche Wachstumsmodelle hatte. Warum fällt es fast allen entwickelten Ländern seit 2008 so schwer, eine ausreichende Gesamtnachfrage zu generieren? Und welche Faktoren führen dazu, dass in Zeiten von geringem Wachstum einzelne Länder besser abschneiden als andere? Zum anderen ist interessant, wie Wachstumsmodelle politische Unterstützung finden und welche Auswirkungen diese Modelle wiederum auf politische Prozesse haben. Die Suche nach neuen Nachfragetreibern hat augenscheinlich verteilungspolitische Folgen und diese müssen politisch legitimiert werden. Dies ist ein wichtiger Aspekt, da die sogenannten dominanten politischen Koalitionen, welche die jeweiligen Wachstumsmodelle der einzelnen Länder stützen, häufig über keine eigenen Wahlmehrheiten verfügen. Sie müssen daher Mehrheiten generieren – ein politischer Prozess, den es besser zu verstehen gilt.

Die Beiträge der Konferenz erweitern unser Verständnis von Wachstumsmodellen und werfen gleichzeitig viele neue Forschungsfragen auf. Alle Beiträge werden in einen wissenschaftlichen Sammelband eingehen. Besonders vor dem Hintergrund der Corona-Krise ist anzunehmen, dass diese Publikation einen wichtigen Impuls für die politische Ökonomie im einundzwanzigsten Jahrhundert geben wird.

Björn Bremer

Doing Debt: Praxeology of Sovereign Debt in the Long Twentieth Century

Workshop des DFG-Netzwerkes „Doing Debt“
27. bis 28. Februar 2020

Auf Einladung von *Leon Wansleben* traf sich das DFG-Netzwerk „Doing Debt: Praxeology of Sovereign Debt in the Long Twentieth Century“ Ende Februar 2020 für zwei Tage am MPIfG in Köln. Im Rahmen einer Workshop-Reihe diskutierten die Teilnehmenden Beiträge zu verschiedenen theoretischen und empirischen Perspektiven auf öffentliche Schulden. Das Netzwerk verfolgt einen interdisziplinären Ansatz und untersucht die Bedeutung von öffentlichen Schulden für die Ausbildung moderner Wohlfahrtsstaaten, ihre Rolle in der Knüpfung von wechselseitigen Abhängigkeiten zwischen Staaten und Finanzmärkten sowie die Genealogie internationalen Schuldenmanagements.

Zu Beginn des ersten Tages gab *Florian Fastenrath* (Universität Duisburg-Essen) einen Überblick über die unterschiedlichen ökonomischen und politischen Ursachen und Konsequenzen subnationalen Schuldenmanagements. Dabei widmete er sich zunächst der Frage, warum öffentliche Verwaltungen auf lokaler Ebene verstärkt riskante Finanzierungsformen und Finanzprodukte wählen. Er vertrat die These, dass dies auf die fiskalische Krise kommunaler Haushalte, auf die wachsende strukturelle Macht der Finanzsektoren sowie auf Diffusionseffekte unter Kommunen zurückzuführen sei. Während öffentliche Haushalte durch die Verwendung von Derivaten zunächst mehr Spielraum hatten, führte dies allerdings langfristig zu hohen Verlusten und unterminierte Mechanismen demokratischer Kontrolle.

Der nachfolgende Beitrag von *Arjen van der Heide* (MPIfG) erörterte anhand eines historischen Vergleichs der Marktarrangements und -technologien in unterschiedlichen europäischen Staatsschuldenmärkten, wie strukturelle Beziehungen zwischen Staat und Finanzmärkten konkrete Form annehmen. Generell lässt sich ein Trend zur Vereinheitlichung der Marktarrangements hin zu einem Auktionssystem im Primärmarkt mit „loyalen“ Händlern sowie einem zweigliedrigen Sekundärmarkt (Interdealer- vs. Dealer-Kundenmarkt) feststellen. In

den Details der Marktarrangements finden sich jedoch auch Unterschiede: So zeigte van der Heide, dass Italien aufgrund des Bedarfs an ausländischen Investoren auf ein transparentes elektronisches Handelssystem setzt, während Deutschland durch die Attraktivität der Anleihen ohne starke Bindung an Händler und Auflagen ihnen gegenüber auskommt.

Anschließend stellte *Ute Tellmann* (Technische Universität Darmstadt) ihren theoretischen Entwurf einer Soziologie öffentlicher Schulden vor, in dem sie eine Verschiebung der Perspektive von „Devices of Calculation" hin zu „Devices of Obligation" vorschlug. Ausgehend von den Fragen, was Schulden sind und was Schulden zu *öffentlichen* Schulden macht, riet sie zu einem pragmatischen Ansatz. Dabei sollen die Dimensionen von öffentlichen Schulden erörtert und folgende Punkte beantwortet werden: Wie wird Rechenpraxis mit moralischen Bewertungen gekreuzt? Wie bringen Schuldbeziehungen neue Kollektive hervor und wie entstehen um Schulden neue Öffentlichkeiten?

Der zweite Workshop-Tag begann mit einer historischen Analyse von *Duncan Needham* (University of Cambridge) über die Entwicklung britischer Staatsschulden vom 16. bis zum 20. Jahrhundert. Er unterschied zwischen Phasen kriegerischer Auseinandersetzungen und Friedenszeiten und verwies auf relativ regelmäßige Schübe von Schuldenexpansion und -stabilisierung. Während der englische, später britische Staat erfinderisch in seinen Versuchen war, die Schuldenlast durch Umwandlungen, „sinking funds" etc. zu mindern, zeigte Needham, dass im 19. Jahrhundert Wachstum und im 20. Jahrhundert Wachstum plus Inflation zur Schuldenstabilisierung beitrugen.

Im letzten Beitrag des Workshops diskutierte *Mateusz Halawa* (Polish Academy of Sciences, Warsaw) anhand des Beispiels von Warschauer Hypothekenkrediten in Schweizer Franken, wie Währungen Geschichte schreiben. Die zentrale Frage war, wie Individuen und Familien in Finanzialisierungsprozesse involviert werden und wie sich Moralvorstellungen und Werturteile in Schuldenbeziehungen einschreiben. Der empirische Fall der Hypothekenkredite in Polen ist exemplarisch für postsozialistische osteuropäische Länder und gibt Aufschluss über das Entstehen neuer moralischer Kategorien.

Was die Teilnehmenden am Ende des Workshops nicht ahnten: Ausgelöst durch den Wirtschaftseinbruch und die staatlichen Stützungsmaßnahmen im Kontext der COVID-19-Pandemie spitzten sich viele der angesprochenen Themen wenige Wochen nach dem Treffen erheblich zu. Insbesondere die Schwierigkeiten von Schuldenabbau in Zeiten geringen Wachstums und geringer Inflation werden wohl in den kommenden Jahren eine neue Aktualität gewinnen.

Vanessa Endrejat und Leon Wansleben

Was macht eigentlich …

Philip Manow

Professor für Vergleichende Politische Ökonomie an der Universität Bremen

Doktorand und wissenschaftlicher Mitarbeiter am MPIfG 1990–2000

Ich kam 1990, zur Wendezeit, an das Kölner MPIfG – aus dem Zentrum des historischen Geschehens, wenn man so will, nämlich Berlin, an den westlichsten Rand des nun vereinigten Deutschlands. Der Schock, den das mit sich brachte, war zunächst gar nicht so sehr ein intellektueller, denn während meines Studiums in Berlin hatte ich mehr und mehr Anschluss an das Berliner Wissenschaftszentrum für Sozialforschung (WZB) gefunden, und das bereitete zumindest ansatzweise auf die Art von Sozialwissenschaft vor, die am Kölner MPIfG betrieben wurde. Der Schock war eigentlich eher einer der Lebensumstände. Wir waren als Kleinfamilie umgezogen, kamen zwar aus dem vergleichsweise rauen Neukölln, aber waren auf das, was uns im „sozialen Brennpunkt" Köln Höhenberg erwartete, trotzdem nicht vorbereitet. Während der Zeit als Doktorand kam dann ein zweites Kind und danach auch noch ein drittes, und sowie es die Umstände erlaubten, flohen wir aus Köln ins Umland, wo wir bis heute glücklich und zufrieden leben.

Die beiden damaligen Direktoren, Renate Mayntz und Fritz W. Scharpf, hatten mir eine Doktorandenstelle angeboten. Zu den prägenden Erinnerungen gehört natürlich das Vorstellungsgespräch im vierten Stock der Lothringer Straße, dem ersten Sitz des Instituts, und die zwei absoluten Respektspersonen auf dem schicken Ledersofa der klassischen Moderne – genauso wie die guten Antworten auf die guten Fragen, die einem ja immer erst im Nachhinein einfallen. Ich wurde trotzdem als Doktorand aufgenommen. Im Studium und dann auch in der Diplomarbeit hatte ich mich mit Gesundheitspolitik beschäftigt, und das Gesundheitssystem war einer der drei „staatsnahen Sektoren", denen sich das erste Forschungsprogramm des Instituts besonders widmete. Mit Marian Döhler war kurz zuvor jemand mit den gleichen Forschungsinteressen aus Berlin nach Köln gewechselt. Ihn hatte ich noch kurz am WZB kennengelernt, und nun entwickelte sich ein sehr enger und sehr intensiver Austausch, der zu mehreren Aufsätzen und schließlich einem gemeinsamen Buch führte. Unvergessen hier ebenfalls der allerstrengste Rüffel aus dem Munde von Frau Mayntz bei einer der mittäglichen Espressorunden, wo wir denn bitteschön neben unseren eigentlichen Forschungsaufgaben – ich hatte schließlich eine Promotion über die Vereinigung der beiden deutschen Gesundheitswesen zu schreiben – die Zeit für alle diese „Nebentätigkeiten" hernähmen? Es war wohl auch etwas im Spiel, was man heute Prokrastination nennt, denn aus meinem eigentlichen Promotionsthema ließen sich lange Zeit keine wirklichen intellektuellen Funken schlagen.

Nach der Promotion begann eine thematische Suchphase, die sich auch insofern komplex und riskant entwickelte, als 1995 Wolfgang Streeck als neuer Direktor an das Institut kam und sich mit ihm die Ausrichtung des Instituts veränderte. Würde in der neuen Forschungsagenda Platz für mich sein? Ja, es war. Auch hier ist mir das entscheidende Gespräch noch in Erinnerung: Als wir anfingen, über die Jungfrau des Kölner Dreigestirns als Beispiel für „das ausgeschlossene Dritte" zu sprechen, verdichtete sich bei mir der Eindruck, dass wir uns verstehen würden. Das fügte sich auch deswegen, weil ich mittlerweile meine Fragestellungen erweitert hatte, weg von der Policy-Forschung, die ich schon immer für eine eher sterile Angelegenheit und disziplinäre Sackgasse gehalten hatte, hin zur Rekonstruktion längerfristiger institutioneller Entwicklungsdynamiken. Das ließ sich für allgemeinere Fragestellungen öffnen, etwa die nach der Einbettung des Sozialstaats in das Wirtschafts- und Wachstumsmodell entwickelter Industrieländer. Insofern war damit eine Schnittstelle zur Vergleichenden Politischen Ökonomie eröffnet und die Anknüpfung zu älteren Diskussionssträngen wie etwa der Neokorporatismusforschung möglich. Im Hintergrund wirkte und wirkt für mich bis heute Gerhard Lehmbruch als große intellektuelle Orientierungsfigur.

Er war damals auch Mitglied im Fachbeirat des MPIfG.

Seitdem ist viel passiert. Es kam zur akademischen „Landverschickung“ – ein Jahr Center for European Studies, Cambridge Massachusetts – eine sehr harte und sehr lehrreiche Zeit, während der ich große Teile meiner Habilitation zu Papier gebracht habe. Thema war die Rolle des Bismarck’schen Wohlfahrtsstaates in der spezifisch deutschen Variante des Kapitalismus, von 1880 bis 1990. Das Buch ist nun gerade erschienen, nochmals stark überarbeitet – endlich, 19 Jahre (!) nach der Verteidigung der Habilitationsschrift an der Universität Konstanz. Es folgten Stationen in Konstanz als Assistent beim Soziologen und Politikwissenschaftler Jens Alber, zurück nach Köln als Forschungsgruppenleiter am MPIfG, dann zurück nach Konstanz auf meine erste Professur, dann nach Heidelberg, 2010 schließlich Bremen. Hier traf ich auf Uwe Schimank, Susanne K. Schmidt und damals noch Philipp Genschel, allesamt ehemalige MPIfG-Kolleginnen und -Kollegen.

Thematisch nahm ich zunehmend weniger Rücksichten auf disziplinäre Grenzen oder „angestammte“ Zuständigkeiten. Denn bei all den vielschichtigen und in ihrem Umfang stark gewachsenen Anforderungen an eine Universitätsprofessur, auf die das MPIfG dann doch nur wenig vorbereiten konnte, gehört ja zu ihrem eigentlich unfassbaren Grundprivileg weiterhin: Man wird für seine Neugierde bezahlt! Diese Neugierde erstreckt sich auf „von außen“ vielleicht manchmal etwas disparat erscheinende Themen: das deutsche Wahlsystem; die Rolle der Religion in der Formierung der Parteiensysteme Europas – und dadurch dann auch bei der Ausbildung spezifischer Politischer Ökonomien; die symbolische Repräsentation demokratischer Politik; die Europäische Integration; die Demokratietheorie. Da darf dann auch schon mal ein Aufsatz dabei sein, der beleuchtet, was die Wiederaufnahme des deutschen Walfangs im Jahre 1938 mit Carl Schmitts *Land und Meer* und seinem *Nomos der Erde* zu tun hat.

> Das unfassbare Privileg einer Universitätsprofessur: Man wird für seine Neugierde bezahlt!

Philip Manow ist Sprecher des SOCIUM Forschungszentrums Ungleichheit und Sozialpolitik an der Universität Bremen. Das sozialwissenschaftliche Forschungsinstitut untersucht empirisch wie theoretisch Fragen von Ungleichheit, Sozialpolitik sowie deren gesellschaftliche und politische Wechselwirkungen.

Würde ich auch nur beginnen, die Personen zu erwähnen, die in diesen letzten dreißig Jahren hilfreich, wichtig, lehrreich, herausfordernd, anregend, unterstützend als intellektuelle Rollenmodelle und so fort gewirkt haben oder weiterhin wirken, wäre das Format „Was macht eigentlich …?“ sofort gesprengt. Wie gut das MPIfG selbst funktioniert hat – über alle Ebenen hinweg (stellvertretend für viele: Susanne und Elke, Prog-Rocker Manuel, Jürgen, Gisela, Anne, Cynthia, Ernst …) – lässt sich immer wieder an dem hohen Ausmaß der Verbundenheit ersehen, das alle „Ehemaligen“ teilen, die gemeinsame Sprache, die man unweigerlich spricht, wenn man sich austauscht, und die Freude, mit der man sich anlässlich des Institutstages wiedersieht. Bei aller retrospektiver Idealisierung, zu der diese „Was macht eigentlich …?“-Prosaform neigt, sollte allerdings auch nicht verschwiegen werden, dass wir immer und jederzeit wirklich viel gearbeitet haben. Im Zentrum des katholischen Rheinlandes stand und steht ein Institut, das der protestantischen Arbeitsethik stark verpflichtet ist.

Mehr zur Person
https://tinyurl.com/socium-philip-manow

Zum Weiterlesen

Manow, P.:
Social Protection, Capitalist Production. The Bismarckian Welfare State in the German Political Economy, 1880–2015. Oxford University Press, Oxford 2020.

Manow, P.:
(Ent-)Demokratisierung der Demokratie. Suhrkamp, Berlin 2020.

Manow, P.:
Die politische Ökonomie des Populismus. Suhrkamp, Berlin 2018.

Impressum

Mit dem Forschungsmagazin *Gesellschaftsforschung* informiert das MPIfG zweimal im Jahr mit anschaulichen Artikeln und Berichten über seine Forschungsprojekte und -ergebnisse, Publikationen und Veranstaltungen. Ein Schwerpunktthema liefert Hintergrundinformationen aus der Forschung zu Themen der aktuellen öffentlichen Diskussion. Sie erhalten das Magazin in einer PDF-Fassung per E-Mail oder als Printausgabe. Abonnement und weitere Ausgaben unter
www.mpifg.de/forschungsmagazin

© Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung
Köln, August 2020
In Absprache mit der Redaktion frei zum Nachdruck.
Abdruck nur mit Quellenangabe.

Herausgeber
Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung
Paulstr. 3 | 50676 Köln
Tel. +49 221 2767-0
www.mpifg.de | *info@mpifg.de*

Redaktion
Christel Schommertz (verantw.), Carla Schmidt

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autorin oder des Autors wieder und sind nicht als offizielle Stellungnahme des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung zu verstehen.

Bildnachweis
Titel: OLIVIER DOULIERY / Kontributor; Fermin Rodriguez / NurPhoto Agency: 2; Andrea Herrmann: 3; MPIfG / Astrid Dünkelmann: 4, 9, 14, 15, 16 (beide), 17 (alle), 18 (beide), 19 (oben), 20 (alle), 21 (oben), 22 (links), 23, 24 (alle), 25 (alle), 29 (beide), 31, Vorschau; picture alliance / ZUMAPRESS.com | Depo Photos: 5; William Campbell / Kontributor: 8; istock / coldsnowstorm: 11; Felipe González: 12; picture alliance / AA | Muhammed Emin Canik: 13; picture alliance/dpa | Karl-Josef Hildenbrand: 19; MPIfG / Enke Otte-Wiese: 21; IFiS PAN: 22 (rechts); Markus Zielke: 32; Harald Rehling / Universität Bremen: 33.

Gestaltung | Satz
pigur design, Potsdam | Jeanette Störtte, Berlin

Mehr Themen und Standpunkte aus der Forschung des MPIfG
Auf seiner Website stellt das MPIfG weitere aktuelle Forschungsprojekte vor und liefert Hintergrundinformationen zu Themen, die zurzeit öffentlich diskutiert werden. Mit ihren „Standpunkten" kommentieren Forscherinnen und Forscher des MPIfG Entwicklungen in Politik und Wirtschaft. Durch die „Forscherportraits" lernen Sie die Wissenschaftlerinnern und Wissenschaftler, Kooperationspartner und Alumni des MPIfG näher kennen. In der Rubrik „Interviews" sprechen sie über die Bedingungen ihrer Arbeit, neue Methoden und den Wandel der Forschungskommunikation.
www.mpifg.de/forschung/forschung/themen_de.asp

Das MPIfG
Das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung ist eines der rund achtzig Institute der Max-Planck-Gesellschaft e.V., die von Bund und Ländern finanziert wird. Als eine Einrichtung der Spitzenforschung in den Sozialwissenschaften betreibt es anwendungsoffene Grundlagenforschung mit dem Ziel einer empirisch fundierten Theorie der sozialen und politischen Grundlagen moderner Wirtschaftsordnungen. Im Mittelpunkt steht die Untersuchung der Zusammenhänge zwischen ökonomischem, sozialem und politischem Handeln. Das Institut schlägt eine Brücke zwischen Theorie und Politik und leistet einen Beitrag zur politischen Diskussion über zentrale Fragen moderner Gesellschaften. Es ist bei der Auswahl und Verwirklichung seiner Forschungsvorhaben frei und unabhängig.

Folgen Sie uns auf Twitter
@MPIfG_Cologne

MAX-PLANCK-INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSFORSCHUNG
MAX PLANCK INSTITUTE FOR THE STUDY OF SOCIETIES

Vorschau 2020/21

Ist der Staat zurück?
Politik und Wirtschaft in Zeiten der Corona-Krise
26. und 27. November 2020
Institutstag des MPIfG
www.mpifg.de/aktuelles/institutstag-anmeldung_de.asp

Öffentliche Vorträge im Wintersemester 2020/21

Helen Thompson, University of Cambridge: „Brexit: Causes, Consequences, and Implications for Europe" (26. Oktober 2020, 17 Uhr)

Henry Farrell, George Washington University, Elliott School of International Affairs: „Weaponized Interdependence: The New Politics of Global Economic Coercion" (16. Dezember 2020, 17 Uhr)

Isabell Stamm, Technische Universität Berlin: „Shifting the Meaning of Firm Ownership: Recent Transformations of Ownership Succession in German Mittelstand" (13. Januar 2021, 17 Uhr)

Genevieve LeBaron, Department of Politics and International Relations, University of Sheffield: „Combatting Modern Slavery: Why Labor Governance Is Failing and What We Can Do about It" (27. Januar 2021, 17 Uhr)

MPIfG Lectures zum Nachhören
Öffentliche Vorträge und weitere Veranstaltungen des MPIfG als Audio-Podcasts
www.mpifg.de/aktuelles/Veranstaltungen/podcasts_de.asp

Aktuelle Veranstaltungen am MPIfG
www.mpifg.de/aktuelles/veranstaltungen_de.asp

Im Wintersemester 2020/21 finden die öffentlichen Veranstaltungen des MPIfG überwiegend online statt und stehen im Anschluss leider nicht als Podcasts zur Verfügung.
Bitte informieren Sie sich auf der Website des Instituts über Format und Anmeldung.